MANEO
TOLERANZKAMPAGNE

MANEO
UMFRAGE
2006 | 2007

Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland

Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2006/2007

Impressum

Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland.

Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2006/2007

Herausgeber:
MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin
Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Telefon: 030-2163336
Email: maneo@maneo.de

Home:
www.maneo.de
www.maneo-toleranzkampagne.de
www.tag-gegen-homophobie.de

Wir danken der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB), die die MANEO-Umfrage finanziell unterstützt hat.

Berlin im Juni 2007

Inhalt

Kurzbeschreibung der Untersuchung 04

Bastian Finke

Geleitwort und Forderungen zu den Untersuchungsergebnissen der MANEO-Umfrage 2006/2007 05

Bodo Lippl

Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2006/2007

1. Die Problemlage: Unsichtbares sichtbar machen 11
2. Hintergrund und Methode der MANEO-Umfrage 2006/2007 13
3. Ausgewählte Ergebnisse 15
3.1. Ausmaß an Gewalterfahrungen 16
3.2. Subjektiv bedeutsamster Vorfall 17
3.3. Waffen und Verletzung 22
3.4. Täter 22
3.5. Erkennbarkeit der sexuellen Orientierung des Opfers 24
3.6. Anzeigeverhalten 25
3.7. Sicherheitsgefühl 28
Literatur 30
Anhang 32

Kurzbeschreibung der MANEO-Umfrage

Projekttitel:	Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern
Ziele:	• Besserer Überblick über das Ausmaß homophober Gewalt in Deutschland (und insbesondere in Berlin) • Bestandaufnahme über Vorfälle, die sich in den letzten 12 Monaten ereignet haben • Erhellung des "Dunkelfeldes" antischwuler Gewalt • Überprüfung bzw. Validierung bisheriger Studien bzw. der offiziellen Meldung antischwuler Gewalttaten • Aufklärung über den Grad der "Bagatellisierung" von Gewalt (auch durch schwule und bisexuelle Männer selbst) • Wissenschaftliche Erklärung von Gewalttaten
Untersuchungs-methodik:	• Schriftliche und Online Befragung von bi- und homosexuellen Männern mittels eines standardisierten Erhebungsinstruments. • Datenauswertung mittels deskriptiver (und multivariater) Analyseverfahren.
Datenerhebungs-verfahren:	• Schriftliche Befragung ("Selbstausfüller") durch Beilage der Fragebögen in den Printmedien "Siegessäule", "Sergej" und "Du & Ich" mit einer Bewerbung der zeitgleichen Online-Befragung (mit identischem Fragebogeninhalt, aber einer den Online-Bedürfnissen angepassten Version). • Extensive Pressearbeit und Bewerbung der Umfrage in szenetypischen Medien und Internetportalen (dbna, Eurogay, Gaychat, Gayforum/Gay.de, Gayromeo, Gayroyal, Gay-web, Homo.net, Queerwelt und Queer.de).
Stichprobe und Auswahl:	• Unmöglichkeit einer repräsentativen Stichprobenziehung aufgrund "heikler" schwer zugänglicher Population • Selbstselektion der Befragten (hohe Teilnahmemotivation kann angenommen werden, jedoch keine Repräsentativität)
	Auflage des schriftlichen Fragebogens: N = 125.000 Schriftlicher Rücklauf: N = 347 Online-Beteiligung (Aufruf der Webseite): N = 35.951 (100%) Vollständig abgeschlossene Online-Fälle: N = 23.610 (65.7%) Unvollständige Online-Fälle: N = 12.341 (34.3%) Auswertbare Fälle (d.h. Fälle mit vollständigen Angaben): N = 23.949
Befragungs-zeitraum:	1. Dezember 2006 bis 31. Januar 2007 (2 Monate)
Projektinitiative und Leitung:	Bastian Finke (MANEO-Projektleiter) MANEO ist das schwule Anti-Gewalt-Projekt (und zugleich das schwule Überfalltelefon) in Berlin. Aufgaben: Opferhilfearbeit/Beratung, Erfassungsarbeit von Gewalttaten und gewaltpräventive Öffentlichkeitsarbeit. Email: bastian.finke@maneo.de Internet: www.maneo.de und www.maneo-toleranzkampagne.de
Methodische und wissenschaftliche Beratung	Dr. Bodo Lippl, Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Michael Bochow, WZB, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Prof. Dr. Martina Stallmann, Evangelische Fachhochschule Berlin (EFB)
Datenkodierung, -kontrolle und Bereinigung	Moritz Fedkenheuer (Humboldt-Universität zu Berlin), Bastian Finke, Dr. Bodo Lippl, Prof. Dr. Martina Stallmann
Analysen und Bericht:	Dr. Bodo Lippl, Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin Empirische Sozialforschung Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Berlin, im Mai 2007

Geleitwort und Forderungen

Die ersten Ergebnisse unserer großen MANEO-Umfrage 2006/2007 liegen vor. In der Vergangenheit hatte ich immer wieder von der zuständigen Politik und Verwaltung gefordert, Wege für eine umfassende Studie zu Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und erwachsenen Männern frei zu machen. Erst 2006 war es uns Dank der Bewilligung unserer „MANEO-Toleranzkampagne“ bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) möglich geworden, diesem Ziel näher zu kommen. Zum ersten Mal standen uns finanzielle Mittel zur Verfügung, ein solches Vorhaben in die Tat umzusetzen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei der DKLB bedanken.

Die MANEO-Umfrage war zuerst als eine auf Berlin beschränkte Studie konzipiert worden, die sowohl mit Papier-Fragebogen als auch online durchgeführt werden sollte. Entsprechend ließen wir etwa 120.000 Umfragebögen drucken und vorwiegend über Szenezeitschriften für Schwule – DU&Ich, Sergej-Berlin und Siegessäule – in Berlin verteilen. Außerdem traten wir an die 10 bekanntesten schwulen deutschen Internetportale heran – dbna, Eurogay, Gaychat, Gayforum/Gay.de, Gayromeo, Gayroyal, Gay-web, Homo.net, Queerwelt und Queer.de – und baten sie, unseren Online-Fragebogen kostenlos zu bewerben. Unserer Bitte kamen die Portale nach und wiesen mit entsprechenden Anzeigen auf den Fragebogen hin. Zusätzlich wandten wir uns mit mehreren Meldungen an die schwule Presse, die auf unsere Umfrage aufmerksam machte.
Die Akzeptanz von MANEO als bundesweit anerkannte Beratungs- und Erfassungsstelle sowie die große Unterstützung, die wir für unsere Umfrage erhalten haben, hat zum Erfolg und zu der ausgesprochen hohen Teilnehmeranzahl mit beigetragen. Noch nie zuvor hat es in Deutschland eine Umfrage unter schwulen und bisexuellen Jugendlichen und erwachsenen Männern zu Gewalterfahrungen in dieser Größenordnung gegeben.

Für die wissenschaftliche Begleitung habe ich einen Arbeitskreis aus erfahrenen Soziologen zusammengestellt. Ich danke Dr. Michal Bochow, derzeit tätig am WZB, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Dr. Bodo Lippl, derzeit tätig an der Humboldt-Universität zu Berlin, und Prof. Dr. Martina Stattmann, derzeit tätig u.a. an der Evangelischen Fachhochschule Berlin, für ihre großartige Unterstützung. Gemeinsam haben wir den von unserem Überfalltelefon im Laufe der letzten 17 Jahre erarbeiteten und verwendeten Erfassungsbogen zur Aufnahme von Gewaltvorfällen für die Umfrage weiter entwickelt. Ohne diese tatkräftige Beratung und Mitarbeit aller Beteiligten dieses Arbeitskreises wäre die Umfrage nicht realisiert worden. Mein besonderer Dank gilt schließlich Dr. Bodo Lippl, der die Auswertung und Ausarbeitung des Abschlußberichtes übernommen hat.
Mein Dank gilt ebenso Prof. Dr. Claudius Ohder, von der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) in Berlin, und Dr. Michael Baurmann, vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden, die für meine Rückfragen zur Verfügung standen. Mein Dank gilt an dieser Stelle auch den vielen Helfern, vor allem unserem zuständigen Informatiker und Programmierer der Online-Umfrage, Loi Finke, unserer zuständigen Mitarbeiterin für die Homepagegestaltung, Hanna Schulze, die durch ihre Fachkenntnisse zur Nutzerfreundlichkeit der Online-Umfrage beigetragen haben und Moritz Fedkenheuer, der Tabellen und Grafiken für den Bericht zusammengestellt hat.

Die in diesem Bericht vorgestellten Ergebnisse lassen aufhorchen. Mehr als jeder dritte Befragte (35 Prozent) gab an, in den letzten zwölf Monaten Gewalterfahrungen gemacht zu haben. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass von den jungen Schwulen und bisexuellen Männern unter 18 Jahren fast zwei Drittel (63 Prozent) innerhalb des letzten Jahres über Gewalterlebnisse berichteten. Hinzu kommt noch der Umstand, dass jüngere Schwule tendenziell weniger Gewalttaten anzeigen. Oder um es direkter zu formulieren: Man kann als junger Schwuler in Deutschland offenbar nicht unbehelligt aufwachsen – und die Betroffenen bagatellisieren die Taten nach der Devise, dass man eben als Schwuler Diskriminierung und Gewalt hinnehmen und das eben nicht all zu ernst nehmen sollte.

In der Umfrage wurde auch nach der Einschätzung der Betroffenen gefragt, wer die Täter waren. Homophobe Gewalt wird danach überwiegend aus Gruppen heraus begangen (mehr als 60% Prozent). Die Täter sind überwiegend männlich (87 Prozent) und jüngeren Alters. In 20 Prozent der Fälle lag dieses zwischen 14 und 17 Jahren, in 54 Prozent der Fälle zwischen 18 und 24 und in 28 Prozent zwischen 25 und 35 Jahren (Mehrfachnennungen bei Gruppentäterschaft möglich). Es ist offensichtlich, dass sich auf diese Personengruppe sehr viel stärker Aufklärungsarbeit konzentrieren, überhaupt „Jungenarbeit“ mehr denn je in den Fokus von Schüler- Jugend und Sozialarbeit gestellt werden muss.

Um das Bild der Tätergruppen stärker einzugrenzen, wurden die Befragten mit vorgegebenen Antworten gebeten, diese an Merkmalen zu identifizieren. Am häufigsten (49 Prozent) wurde die Kategorie „nicht weiter auffällig“ angekreuzt. Weitere Nennungen waren „rechtsradikale Deutsche“ (7 Prozent) und „Fußballhooligans“ (2 Prozent). Ohne dass wir danach gefragt haben, haben 16 Prozent der Befragten in einer offenen Rubrik angegeben, dass es sich bei den Tätern um Personen nichtdeutscher Herkunft gehandelt hat. Hätten wir hier genauer nachgefragt, wären die Nennungen vermutlich viel höher ausgefallen. Das Thema „Migranten als Täter“ ist angstbesetzt. Doch nicht die Schwulen, die diese Rückmeldung gegeben haben, sind das Problem. Vielmehr sind es die Täter, die Schwule zu Opfern machen, und die wiederum vermehrt mit Wut und Unverständnis reagieren. Das liberale Nebeneinander – hier die Schwulen, da die Migranten – ist mittlerweile Geschichte.

Um es deutlich zu sagen: Der Respekt vor der Würde des Menschen ist nicht verhandelbar. Wer die Würde von Homosexuellen nicht anerkennt, der stellt sich selbst ins Abseits. Er steht damit außerhalb des Grundgesetzes und unserer Gesellschaft. Und damit ist klar: Dieses Verhalten muss sich ändern oder juristisch sanktioniert werden. Wir erwarten von der Polizei und von der Justiz, den Rechtsfrieden auch für Homosexuelle zu schützen. Die Studie zeigt, dass über 50 Prozent der Täter nicht ermittelt werden. Einerseits, weil die Betroffenen keine Anzeige erstatten – zur Erinnerung: das Dunkelfeld liegt bei 90 Prozent! Die Opfer berichten aber auch, dass sie sich mit ihren Anzeigen insbesondere bei Beleidigungen und Belästigungen (65 Prozent der Fälle) nicht ernst genommen fühlen. Bei den Betroffenen herrscht offenbar eine Vorstellung, dass die Polizei diese Fälle bagatellisieren würde. Im Endeffekt führt das schlechte Image der Polizei bei den Betroffenen dazu, dass die Polizei kaum Kenntnis von homophoben Gewalttaten erlangt.

Auf der anderen Seite fehlt hier auch das Bemühen seitens der Polizei, auf diese Situation einzugehen und daran etwas zu verändern. Die Einschätzung der Betroffenen, die Polizei würde sie nicht ernst nehmen, entspricht oft Tatsachen. Die Polizei muss sich ernsthaft um Vertrauen bemühen. Untätigkeit kommt Wegschauen gleich und führt dazu, dass sie rechtsfreie Räume zulässt, in denen Menschen

aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, beleidigt und angegriffen werden. Hier fehlt es an einem klaren Bekenntnis der Polizei, den Angriff auf bürgerliche Freiheiten auch hinsichtlich der sexuellen Orientierung nicht hinzunehmen. Dort, wo Polizeipräsidien Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen als feste Stellen eingerichtet haben – Berlin ist hier bisher eine herausragende Ausnahme – sehen wir eine Chance, dass sich mit der Zeit sowohl Einstellung als auch Haltung der Polizei verändern. Daran müssen sich die anderen Bundesländer ein Beispiel nehmen.

Das Problem „homophobe Gewalt“ ist in den letzten Jahren nicht kleiner geworden. Was Aufmerksamkeit finden sollte ist das Ergebnis, dass die große Mehrheit der von Gewalt Betroffenen auf bekanntem, scheinbar sicherem Terrain Opfer geworden ist. Hier wird einmal mehr deutlich: Verstecken hilft nicht. Wer sich in der Abgeschiedenheit abgeschlossener Räume, z.B. den schwulen Kiezen der Großstädte oder der scheinbaren Anonymität des Internets, in Sicherheit wiegt, der kann sich nicht dem Risiko entziehen, sich als Schwuler doch eine blutige Nase zu holen, sobald er diese Räume verlässt.

Verantwortungsbewusst handeln bedeutet für zukünftige Generationen zu handeln. Wenn in unserer Umfrage von den unter 18jährigen fast zwei Drittel von Gewalterfahrungen berichten – physische und verbale Gewalt wurden hier zusammengefasst – so ist das eine schwere Hypothek für ihre persönliche Entwicklung, aber auch für die gesamte Gesellschaft.

Die von den Opfern und uns als Opferhilfe wahrgenommene Bagatellisierung der Gewalt führt zu einer untragbaren Beeinträchtigung der Lebensqualität und zu nicht unerheblichen Kosten für die Gesellschaft – sei es die akute medizinische Hilfe, psychosoziale oder psychotherapeutische Unterstützung oder Erwerbsminderung durch die Folgen schwerer traumatischer Erfahrungen.

Wir können vor den absehbaren Folgen nur eindringlich warnen, die sich gerade auch mit den Ergebnissen der Befragung für die Gesellschaft zeigen. Wir fordern die Politik daher auf, sich dieser Problematik ernsthaft zu stellen. Wir haben das Gefühl, dass das Problem parteiübergreifend ernst genommen wird und dass Konsens darüber herrscht, dass das Thema nicht wieder in der Versenkung verschwindet. Ich habe die Hoffnung, dass wir mit den Ergebnissen der MANEO-Umfrage Diskussionen in Deutschland wieder in Gang setzen. Daher komme ich zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Um das schlechte Image, das die Polizei in Deutschland noch immer bei der großen Mehrheit schwuler Männer hat, zu ändern, müssen die Innenministerien dem Beispiel des Landes Berlin folgen und in allen Bundesländern männliche Ansprechpartner für die schwulen Szenen einzurichten. Auch sollten weibliche Ansprechpartnerinnen für lesbische Szenebereiche eingesetzt werden. Die geschlechtsspezifischen Besonderheiten der Szenestrukturen müssen auf jeden Fall berücksichtigt werden, vor allem die Gewalt, die schwulen Männern in der Öffentlichkeit widerfährt. Ansprechpartner können eine solche Aufgabe nicht neben anderen Tätigkeiten erledigen. Stellen sind als Vollzeitstellen mit klaren Aufgabenbeschreibungen zu besetzen. Zu deren Aufgaben zählt insbesondere die regelmäßige Schulungs- und Aufklärungsarbeit von allen Polizeibeamten, die in den örtlichen Zuständigkeitsbereich fallen. Das hohe Dunkelfeld nicht angezeigter Straftaten zum Nachteil schwuler Jugendlicher und Männer macht deutlich, welchen Herausforderungen und Aufgaben sich ein Ansprechpartner zu stellen hat.

2. Um Gespräche, Verständnis und Vertrauen zwischen schwulen Szenen und der Polizei zu verbessern ist eine angemessene Förderung von schwulen Anti-Gewalt-Projekten in jedem einzelnen Bundesland zwingend erforderlich, die sich um Opferhilfearbeit, die Erfassung von Gewalttaten und um Gewaltprävention kümmern. Politische Sandkastenspiele und Alibi-Projekte nach dem Gießkannenprinzip – ein bisschen Aufklärung hier, ein bisschen Opferhilfe dort – nützen den Betroffenen nichts. Ebenso wenig helfen Lippenbekenntnisse. Neue Gesetze wie das AGG oder die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft machen eine Gesellschaft nicht automatisch toleranter. Öffentliche Aufmerksamkeit, eine unmissverständliche Haltung gegen homophobe Gewalt und ein Konsens der politisch Verantwortlichen hinsichtlich der Verwerflichkeit dieser Delikte und der Notwendigkeit von Hilfen für die Betroffenen wären ein besserer Umgang, um die Ernsthaftigkeit einer eindeutigen Haltung gegen homophobe Gewalt zu unterstreichen.

3. Homophobe Gewaltdelikte in Deutschland müssen nach einheitlichen Kriterien erfasst werden. Die Datenlage über homophobe Gewaltdelikte bei der Polizei ist dürftig. Vor dem Hintergrund der deutschen Verfolgungsgeschichte an homosexuellen Männern unter dem Paragraphen 175 sprechen nach wie vor gerade schwule Männer der Polizei die Fähigkeit ab, entsprechende Daten zu erheben. Doch in unserem gemeinsamen Bemühen, die Bagatellisierung homophober Gewalt zu beenden, homophobe Gewalt in unserer Gesellschaft ernster zu nehmen, kommen wir nicht umhin, gemeinsam mit der Polizei über ein Schema zu diskutieren, wie wir zukünftig homophobe Gewalttaten anhand von Kriterien identifizieren und erfassen können. Denn es erscheint nach wie vor schwierig, sowohl für die Betroffenen selbst, aber auch für die Polizei, vorurteilsmotivierte Gewalt, insbesondere homophobe Gewalt als solche zu identifizieren: Hat der Täter das Opfer deshalb angegriffen, weil es schwul war? Kriterien mit Bezug auf „Hatecrime“ wurden bereits in den USA erarbeitet und finden dort seit vielen Jahren Anwendung. Entsprechende Kriterien wurden auch bereits von MANEO aufgestellt und über die Jahre weiter entwickelt. Diese Erfahrungen müssten in die Diskussionen einbezogen werden.

4. Vorurteilsmotivierte Gewalttaten gegen Homosexuelle müssen in Deutschland zentral und mit Hilfe eines einheitlichen Systems erfasst und für die Entwicklung zukünftiger gewaltpräventiver Strategien analysiert werden. Bundesländer und Bundesregierung müssen entsprechende Voraussetzungen schaffen. Um diesem Ziel näher zu kommen wird eine Zusammenarbeit zwischen Anti-Gewalt-Projekten und der Polizei notwendig sein.
In Berlin haben wir ein Modell entwickelt, das auf eine langjährige vertrauensvolle, aber auch kritische Zusammenarbeit zwischen der Berliner Polizei und MANEO baut und der Transparenz dient. Mittlerweile meldet die Polizei jedes Jahr MANEO anonymisiert Straftaten zum Nachteil Schwuler und Bisexueller. MANEO erfasst diese angezeigten Straftaten gemeinsam mit den Fällen, die Betroffene nur MANEO gemeldet haben. Anschließend kann MANEO alle Fälle auswerten und die Ergebnisse gemeinsam mit der Polizei diskutieren.
Hier wird deutlich, dass gemeldete bzw. angezeigte vorurteilsmotivierte Gewalttaten gegen Homosexuelle nicht ausreichen, um einen tatsächlichen Überblick über das Ausmaß der Gewalt zu erhalten. Mit Hilfe von MANEO können weitere Informationen zu einer sehr viel effektiveren Ausrichtung kriminalpräventiver Arbeit herangezogen werden.
Und schließlich trägt die MANEO-Umfrage zu einer präziseren Eingrenzung des Dunkelfeldes bei. Deshalb müssen regelmäßig empirische Untersuchungen zu Gewalterfahrungen unter homosexuellen

Menschen durchgeführt werden. Es erscheint notwendig, dass Informationen über homophobe Gewaltdelikte aus vielen verschiedenen Quellen zusammengetragen werden müssen, um einen besseren Überblick zur Gewaltsituation zu erhalten. Aus diesem Grund müssen die von MANEO begonnenen Umfragen regelmäßig fortgesetzt und auch weiter entwickelt werden.
Eine enge Kooperation mit universitären Einrichtungen, wie sie von uns zur Humboldt-Universität zu Berlin und zur Evangelischen Fachhochschule Berlin aufgebaut wurde, kann bei der Auswertung und Analyse der Daten auch zu einer notwendigen Transparenz der Informationen und zu einer reflektierenden Forschung beitragen und zu einem Abbau des Misstrauens.

Für die bisherige Unterstützung unsere Arbeit, insbesondere unserer MANEO-Toleranzkampagne, möchte ich mich vor allem bei der Stadt Berlin, beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, beim Berliner Innensenator und bei der Berliner Polizei bedanken.
Mit den Ergebnissen unserer MANEO-Umfrage hoffen wir jetzt darauf, dass diese zu weiteren Taten führen.

Bastian Finke, Dipl. Soziologe, MANEO-Projektleiter

Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2006/2007

von Bodo Lippl

1. Die Problemlage: Unsichtbares sichtbar machen

Gewalttaten gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung sind wie andere Formen von Hassgewalt (engl. *hate crimes*) Ausdruck von Intoleranz. Sie haben nicht nur negative Auswirkungen auf die betroffenen Opfer in dem Sinne, dass diesen persönlich Schaden durch psychische oder physische Verletzungen zugefügt wird. Sie zielen vielmehr auf die gesamte Identität dieser Person und richten sich damit auch immer gegen die gesamte Gruppe, die die gleichen Merkmale oder Orientierungen wie das Opfer teilt. Mit derartigen Hassverbrechen wird zudem auch gegen eine normative Verpflichtung der gesamten Gesellschaft verstoßen, die sich für das gleiche Recht auf die unverletzliche Würde einer jeden menschlichen Person einsetzt (z.B. Art. 1 GG). Eine ihre Minderheiten schützende Demokratie darf deshalb jede Form vorurteilsmotivierter Hassgewalt - auch die aufgrund der sexuellen Orientierung - nicht dulden.

Was ist Hassgewalt? Historisch betrachtet ist es den Bürgerrechtsbewegungen in den Vereinigten Staaten von Amerika zu verdanken, diesen Begriff in die öffentliche Diskussion gebracht zu haben.[1] Hassgewalt bzw. Hasskriminalität wird seit Mitte der 80er Jahre auch in Deutschland, bisher jedoch eher nur am Rande diskutiert. Eine Definition, auf die das Deutsche Forum Kriminalprävention (DFK) zurückgreift, beschreibt Hassverbrechen als "Gewaltkriminalität, die gegen eine Person oder gegen eine Sache allein oder vorwiegend wegen der Rasse, der Religion, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der politischen oder sexuellen Orientierung, des Alters oder der geistigen oder körperlichen Behinderung dieser Person oder des Eigentümers oder Besitzers dieser Sache gerichtet ist" (Deutsches Forum für Kriminalprävention 2006b: 4; Schneider 2001: 71). Dabei liegt die besondere Gefährlichkeit der vorurteilsbedingten Gewaltkriminalität darin, dass sie "die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in der zivilisierten Gesellschaft [angreift, Anm. B.L.]: die Unantastbarkeit der Menschenwürde als Gemeinschaftswert. Brutale Gewalt, die das konkrete Opfer zufällig und gesichtslos auswählt, um eine ganze Bevölkerungsgruppe (Ausländer, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle u.s.w.) symbolisch zu erniedrigen und einzuschüchtern, muss eine Gemeinschaft besonders beachten. Die Wirkungen dieser Taten sind verheerend, da sie zum einen auf Merkmale abzielen, welche das Opfer nicht beeinflussen kann, und zum anderen der gesamten Opfergruppe die einschüchternde Botschaft der Ablehnung, des Hasses und der Angst signalisieren" (Deutsches Forum für Kriminalprävention 2006a: 8f.). Jedes Hassverbrechen ist aufgrund des Vorurteilsmotivs also nicht nur ein individueller Akt der Aggression, der gegen ein einzelnes Gewaltopfer (aufgrund seiner "Rasse", Religion, ethnischen Herkunft oder sexuellen Orientierung) gerichtet ist, sondern immer auch eine Warnung an alle anderen Zugehörigen zu einer derartigen Gruppe, ihre Identität zu verbergen. Hassgewalt, die als solche nicht öffentlich gemacht, sondern stillschweigend geduldet wird, führt letztendlich dazu, dass die Lebensweisen von Personen aufgrund ihrer Gruppenidentifikation nicht offen gelebt werden.[2] Ein-

---

[1] Vgl. hierzu Levin & McDevitt (2002), Perry (2001) und Winters (1996).

[2] Die Folgen eines derartigen "nicht gelebten Lebens" sind wissenschaftlich insbesondere hinsichtlich der öffentlich verborgenen sexuellen Orientierung relativ gut untersucht. Demzufolge kann die Unterdrückung

schränkungen der Freiheit bei den individuell Betroffenen und der entsprechenden Identifikationsgruppe sind jedoch auch Einschränkungen der Pluralität an Lebensweisen und -entwürfen in einer Gesellschaft und damit auch für die ganze Gesellschaft nachteilig und schädlich. Von daher muss es Ziel einer modernen Gesellschaft sein, jegliche Form von Hassgewalt nicht einfach nur zu verhindern, sondern auch sichtbar zu machen und sichtbar zu bekämpfen.

Diese allgemeinen Überlegungen treffen insbesondere bei der Hassgewalt aufgrund der sexuellen Orientierung zu, die mit speziellem Blick auf die Gewalterfahrungen von bisexuellen und schwulen Männern der engere Gegenstand dieser Ausführungen sind. Da Sichtbarkeit und Sichtbarmachen als wichtiger Baustein im Umgang mit Hassgewalt angesehen werden kann, muss zunächst danach gefragt werden, inwieweit die Sichtbarkeit homophober Gewalt in Deutschland überhaupt eingelöst ist. Intensive Recherchen zeigen in der Bilanz ein wenig optimistisches Bild. Auch wenn homophobe Hassgewalt kein neues Phänomen ist, und Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Homosexuellen bereits Gegenstand historischer Untersuchungen wurde, ist es erstaunlich, dass das tatsächliche Ausmaß homophober Gewalt in seinen Wirkungszusammenhängen heute noch immer nicht genau eingeschätzt werden kann.[3] Die lang anhaltende gesellschaftliche und auch staatlich sanktionierte Diskriminierung von Männern aufgrund ihrer homosexuellen Orientierung (vgl. v.a. die Diskussion um den Paragraph 175 in Deutschland) und ihre Auswirkungen haben nicht wenig dazu beigetragen, das Thema homophobe Gewalt auch heute noch nicht ausreichend einschätzen zu können. Hinzu kommen auch heute noch fatale Fehleinschätzungen sowie die Tatenlosigkeit zuständiger administrativer Stellen, dieses Feld nicht sehr viel intensiver zu beleuchten. Insgesamt können mehrere Gründe bzw. Problembereiche in diesem Zusammenhang angeführt werden:

1. *Unzureichende Datenlage der Behörden*: Im offiziellen Zahlenwerk zur Kriminalität, der jährlich veröffentlichten "Polizeilichen Kriminalstatistik" (PKS), werden alle Formen der Hassgewalt und insbesondere auch die aufgrund der sexuellen Orientierung nicht ausgewiesen (vgl. z.B. Bundeskriminalamt 2007). Im "Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht" der Bundesregierung etwa wird Hassgewalt (gegen Homosexuelle) zwar erwähnt, aber unter "politisch motivierte Kriminalität" und insbesondere unter dem Diktum "rechte Gewalt" subsumiert (vgl. Bundesministerium des Inneren & Bundesministerium der Justiz 2006: 138) und damit in seiner Bandbreite und Vielfältigkeit nicht erkannt. Im Gegensatz zu politisch fortschrittlicheren Ländern bei der administrativen Bewältigung vorurteilsmotivierter Hassgewalt (wie z.B. Großbritannien oder den USA), die bei der behördlichen Bearbeitung dieser Gewaltvorfälle erheblich stärkere Anstrengungen unternehmen, wird in Deutschland mit Ausnahme einiger weniger Bundesländer bzw. Polizeidienststellen noch immer weitgehend darauf verzichtet, derartige Daten einheitlich und vollständig zu erheben und zu berichten.[4]

---

und Verbergung der sexuellen Orientierung (auch Infolge des Erlebens einer Hassgewalt) verstärkt zu weit reichenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zum Suizid führen. Neben physischen Verletzungen sind es insbesondere psychische Erkrankungen wie Traumata, Depressionen, Stress, Angst und Wut (vgl. Herek, Chopp & Strohl 2007).

3 Wegweisende Sammelbände mit unterschiedlichen Beiträgen aus den Vereinigten Staaten stellen Herek & Berrill (1992) und Herek (1998) dar. Eine allgemeine Einführung in den Problemzusammenhang geben McDevitt & Williamson (2002).

4 In den Vereinigten Staaten wurde 1990 der *Hate Crime Statistics Act* verabschiedet, der die Regierung dazu verpflichtet, statistische Daten über Hassgewalt zu sammeln. Auch wenn die berichteten Zahlen je nach Region (je nach polizeilichem Engagement, entsprechendem Training und dem Vorhandensein einer speziellen Ansprechperson bei der Polizei) von unterschiedlicher Qualität sind, gibt es Indizien, dass sich das Meldeverhalten und damit das Aufhellen des Dunkelfeldes verbessert. Während 1991 nur 6 Prozent aller Fälle von

2. *Hohe Dunkelziffer (underreporting)*: Wie bei allen Formen von Kriminalität gibt es auch eine Dunkelziffer bezüglich der Hassgewalt. Auch wenn das Dunkelfeld nie vollständig aufgeklärt werden kann oder durch eine offizielle Meldung, Klassifikation und Berichterstattung hinreichend und umfassend bestimmt werden könnte, sollte in einer Demokratie, die auch ihre Minderheiten schützt, zumindest jeder Versuch unternommen werden, dieses Dunkelfeld zu erhellen. Aus kriminologischer Sicht ist es sinnvoll, Daten aus unterschiedlichen Quellen zusammenzutragen und abzugleichen. Spezielle empirische Untersuchungen (z.B. Opferbefragungen oder allgemeine Befragungen innerhalb einer von Hasskriminalität betroffenen Gruppierung) können weiterführende Erkenntnisse über Ausmaß, Vielfalt und Erklärungen von Hassgewalt vermitteln. Sie können dazu beitragen, das Ausmaß homophober Gewalt präziser einzuschätzen und damit die Zahlen offiziell gemeldeter Gewaltvorfälle zu korrigieren (zum Problem des Dunkelfeldes vgl. allgemein: Bundeskriminalamt 2007; Lamnek 2001).

3. *Erkennbarkeit von Hassgewalt und Trennbarkeit von anderen Formen der Gewaltkriminalität*: Es ist gerade auch im Alltag schwierig, Hassgewalt als solche überhaupt zu erkennen und von 'normaler' Gewalt eindeutig und klar zu trennen. Ist eine Person aufgrund der sexuellen Orientierung oder zufällig Opfer von Gewalt geworden? Hat ein Gewaltakt etwas mit der sexuellen Orientierung des Opfers zu tun oder nicht? Eine eindeutige Bestimmung von Hassgewalt ist und bleibt nicht nur für polizeiliche Stellen im Fall einer Meldung oder Anzeige sondern auch für die Opfer schwierig und problematisch. Aus diesem Grund sind hinreichende und einheitliche Kriterien für eine klare Erfassung dieser Gewaltformen notwendig, die auch praktisch angewendet werden können (vgl. die Kriterien in Berrill 1986; und für Deutschland Finke 2002: 30f.).

4. *Unzureichende Sensibilität und Schulung auf Seiten der (Polizei-)Behörden*: Auch wenn bereits in einigen Bundesländern spezielle Ansprechpersonen für Hassgewalt aufgrund der sexuellen Orientierung bei der Polizei und in staatlichen Behörden eingesetzt wurden, bleibt die Polizeiarbeit aus der Sicht der Betroffenen weiterhin verbesserungsfähig. Fehlende Ansprechpartner und fehlendes Vertrauen in die Polizei, vor allem auch vor dem Hintergrund einer Diskriminierungsgeschichte, tragen dazu bei, dass sehr viele Opfer den Weg zur Polizei nicht finden. Offensichtlich gelingt es der Polizei noch immer nicht ausreichend, ihr historisch geprägtes Selbstverständnis als Verfolgungsbehörde gerade gegenüber homosexuellen Männern abzulegen. Insbesondere wäre es hilfreich, wenn das Personal stärker für den Umgang mit Personen homosexueller Orientierung sensibilisiert und geschult würde, damit die Polizei Hassgewalt aufgrund der sexuellen Orientierung bereits von sich aus besser erkennen könnte. Die Fähigkeit, homophobe Hassgewalt als solche zu erfassen, trägt zu einem stärkeren Vertrauen in die Polizeiarbeit bei. Außerdem könnte damit der immer wieder geäußerte Eindruck bei den Opfern vermieden werden, man müsse erst die Polizei selbst darüber aufklären, was in Fragen der Antidiskriminierungspolitik in Deutschland politisch gewollt wird.

5. *Mangelnde Offenheit, Ablehnung der eigenen sexuellen Orientierung, Polizeiangst und Bagatellisierung auf Seiten der Opfer*: Schließlich können auch auf Seiten der Opfer Gründe benannt werden, die dazu führen, dass Hassgewalt aufgrund der sexuellen Orientierung zu wenig sichtbar ist. Auch wenn die Anerkennung sexueller Lebensweisen außerhalb der gesellschaftlichen Norm der Heterosexualität vergleichsweise positiv in Deutschland zu werten und sogar im Trend mehrheitlich eine zunehmende Akzeptanz oder zumindest Toleranz zu erkennen ist, scheint das Verbergen der eigenen,

---

Hassgewalt auf sexuelle Orientierung zurückzuführen waren, sind es 2003 schon 17 Prozent. Diese Steigerung ist vermutlich nur wenig auf einen tatsächlichen Anstieg der homophoben Hassgewalt, sondern vielmehr auf ein verbessertes Meldeverhalten zurückzuführen (vgl. hierzu Herek, Chopp & Strohl 2007).

weil "anderen" Sexualität für einen Teil der schwulen, lesbischen, bi- und transsexuellen Menschen noch immer eine Notwendigkeit zu sein. Befürchtungen, homophobe Einstellungen (wie die Ablehnung der eigenen sexuellen Orientierung), die Angst vor dem 'Coming out', fehlendes Vertrauen in die Polizeiarbeit und die Angst vor einer sekundären Viktimisierung durch die Polizei scheinen zu verhindern, dass Formen von Hassgewalt aufgrund der sexuellen Orientierung überhaupt von Opfern gemeldet und damit allgemein sichtbar gemacht werden. Auch wenn berücksichtigt werden muss, dass Opfer je nach Art (z.B. psychische und physische Gewalt, gegenüber Personen oder Sachen) und Schweregrad (z.B. nach Art und Ausmaß an Verletzungen) unterschiedlich mit stattgefundenen vorurteilsmotivierten Gewalttaten umgehen, sind Anzeichen für eine Bagatellisierung von Gewalttaten auch auf Seiten der Betroffenen immer wieder festzustellen. Sie entsprechen damit auch der allgemeinen öffentlichen Bagatellisierung dieser Gewalt. Vorfälle werden lieber verdrängt statt gemeldet und bleiben somit unsichtbar. Und was nicht öffentlich sichtbar gemacht wird, existiert auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht.

Schon die Lebensweisen sexuell anders orientierter (d.h. der der heterosexuellen Norm nicht entsprechenden) Menschen sind aufgrund des Minoritätenstatus weniger sichtbar. Entsprechendes gilt ebenso und vor allem auch für die Gewalterfahrungen, denen Menschen aufgrund ihrer anderen sexuellen Orientierung ausgesetzt sind. Derartige Hassgewalt wird gewöhnlich unterschätzt. Um eine über bisherige Statistiken von Polizei und Meldestellen hinausgehende Bestandsaufnahme über das Ausmaß homphober Gewalt vorzunehmen sind Opferbefragungen eine geeignete Methode.

2. Hintergrund und Methode der MANEO-Umfrage 2006/2007

Systematische Erhebungen von Opfern mit den Instrumenten der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung helfen vor allem das Dunkelfeld der offiziellen Statistik, die nur die der Polizei gemeldeten Vorfälle enthält, etwas eingehender zu beleuchten (vgl. Lamnek 2001: 394). Deshalb hat MANEO, das schwule Anti-Gewalt-Projekt (und zugleich das schwule Überfalltelefon) in Berlin eine Umfrage zu homophoben Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern initiiert.[5] Mit dem vorliegenden Bericht werden einige zentrale Ergebnisse vorgestellt, die gegebenenfalls durch weitere Auswertungen noch ergänzt werden.

A) Methode

Auf der Basis der Erfahrungen, die MANEO als schwules Überfalltelefon mit gemeldeten homophoben Gewalttaten seit seinem Bestehen gesammelt hat, wurde im Herbst 2006 ein Fragebogen entwickelt, der (1.) *schriftlich* in den Dezemberausgaben schwuler Printmedien beigelegt wurde (in Berlin: DU&Ich, Sergej-Berlin und Siegessäule) und zusätzlich (2.) *online* zum Ausfüllen im Internet bereitgestellt wurde. Über einen Zeitraum von zwei Monaten (1. Dezember 2006 bis 31. Januar 2007) konnte an der Umfrage teilgenommen werden. Während des gesamten Erhebungszeitraums wurde die Um-

[5] Die Umfrage beschränkt sich auf schwule und bisexuelle Männer. Gewalt gegen Lesben ist offensichtlich in der Art und Erscheinungsweise anders als Gewalt gegen Schwule und Bisexuelle aufzufassen und musste daher unberücksichtigt bleiben (zu Gewalt gegen Lesben vgl. Ohms 2000). Bastian Finke hat die Umfrage als Projektleiter von MANEO initiiert. Zur wissenschaftlichen Begleitung der Umfrage wurde ein Team zusammengestellt, zu dem Dr. Michael Bochow (WZB, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Dr. Bodo Lippl (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Martina Stallmann (Evangelische Fachhochschule Berlin) und Bastian Finke gehören. Dr. Bodo Lippl und Moritz Fedkenheuer vom Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin haben die Daten ausgewertet.

frage über Presse und Internetportale der Schwulenszene (dbna, Eurogay, Gaychat, Gayforum/Gay.de, Gayromeo, Gayroyal, Gay-web, Homo.net, Queerwelt und Queer.de) intensiv beworben und publik gemacht.

Die Befragung schwuler und bisexueller Männer ist unter methodischen Gesichtspunkten schwierig und problematisch. Eine für diese Spezialpopulation repräsentative Auswahl der Befragten, die wünschenswert wäre, ist allein schon deshalb nicht möglich, weil die Grundgesamtheit (d.h. die Anzahl aller Schwulen und Bisexuellen in einer Gesellschaft), auf die sich die Untersuchungsergebnisse beziehen sollten, unbekannt ist. Eine Zufallsstichprobe, die sicherstellen könnte, dass jeder Schwule bzw. Bisexuelle mit derselben Wahrscheinlichkeit teilnimmt, kann nicht realisiert werden. In Bezug auf die hier vorgestellte Umfrage bedeutet dies, dass sich die Adressaten der Umfrage sozusagen selbst zur Teilnahme "auswählen" bzw. motivieren müssen. Zudem ist davon auszugehen, dass diese Selbstselektion systematisch beeinflusst ist (z.B. durch eine unterschiedliche Teilnahmemotivation, Betroffenheit, Szenenähe und Wahrscheinlichkeit, über die Umfrage informiert oder beworben zu werden). Trotz dieses nahezu unlösbaren Problems beim Zugang zu (aufgrund der sexuell anderen Orientierung) "schwer zu erreichenden" Untersuchungspopulationen dürfte die Motivation zur Teilnahme an der Umfrage allerdings nicht ausschließlich wegen der persönlichen Betroffenheit der Befragten (durch eine Gewalterfahrung), sondern auch aufgrund der allgemeinen Bedeutsamkeit und Relevanz des Themas unter homosexuellen Männern sowie aufgrund der von MANEO organisierten intensiven Bewerbung der Umfrage zustande gekommen sein.

Insgesamt stehen 23.949 vollständig auswertbare Fälle für Analysen zur Verfügung. Nur ein marginaler Teil von 347 Fällen davon ist durch die postalische Rücksendung oder Abgabe der schriftlich ausgefüllten Fragebögen eingegangen. Der überwiegende Teil ist erwartungsgemäß durch die für die Untersuchungspopulation offenbar komfortabler zu bedienende Online-Befragung zustande gekommen, die nicht nur im schriftlichen Fragebogen sondern auch in Medien und über Internetportale der Schwulenszene beworben wurde. Von den insgesamt 35.951 Aufrufen der Befragungs-Webseite sind 23.610 Befragungen vollständig (d.h. bis zum Ende) durchgeführt worden. Das entspricht einer Ausfüllquote von 65,7 Prozent, was im Vergleich zu anderen Online-Erhebungen als ausgezeichnet gewertet werden kann. Ausfälle finden sich größtenteils gleich zu Beginn des Online-Erhebungsinstruments, was nochmals die hohe Teilnahmebereitschaft der Befragten unterstreicht. Einige wenige Fälle mussten ausgeschlossen werden, weil sie auf einen homophoben, rechtsradikalen oder psychisch verwirrten Hintergrund schließen ließen und unsinnige Angaben enthielten.

Inhalte des Fragebogens waren (1.) Fragen zu Gewalterfahrungen (persönlich als Opfer und als Zeuge) und Risikoeinschätzungen, (2.) Fragen zu dem Vorfall, der die Befragten in den letzten 12 Monaten am stärksten betroffen hat, (3.) Fragen zum schwulen Selbstverständnis, zum Outing und zum Ausgehverhalten und schließlich (4.) allgemeine Fragen zur Person. Die Befragung online durchzuführen dauerte im Durchschnitt 7.5 Minuten, wenn kein Gewaltvorfall in den letzten 12 Monaten vorlag, und 13.4 Minuten, wenn ein solcher Fall berichtet und zusätzliche Fragen hierzu beantwortet werden mussten. Im Blick auf bestimmte soziodemographische Merkmale der Befragungsteilnehmer überrascht es nicht, dass diese im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung der Tendenz nach deutlich jünger und höher gebildet sind, wenngleich ungeklärt bleiben muss, ob dies auf die in der Online-Umfrageforschung bekannte allgemein stärkere Onlinepräsenz bzw. Internetnutzung jüngerer und höher Gebildeter (Bandilla & Hauptmanns 1998) oder auf die mit zunehmendem Alter einhergehende stärkere Szeneferne (und damit geringere Kontaktmöglichkeit mit der Umfrage) zurückzuführen ist.

B) Probleme, Hinweise, Klärungen

Umfrageergebnisse basieren lediglich auf individuellen Angaben der Befragten. Umfragen ermitteln damit deren Einschätzungen, Wahrnehmungen und Aussagen zu bestimmten Sachverhalten. Sie sind subjektiv, erheben Sachverhalte ausschließlich aus der Sicht der Befragten und können damit keine tatsächliche 'objektive' Realität abbilden. Daher sind Opferbefragungen "in vielfacher Hinsicht nicht ganz unproblematisch, denn sie erfassen in der Regel nicht aktuelle, sondern vergangene, zudem meist unangenehme Ereignisse. Erinnerungsschwierigkeiten, Verdrängungen, Beschönigungen und sekundäre Viktimisierungen führen ebenso zu einer reduzierten Zuverlässigkeit und Gültigkeit von Angaben" (Lamnek 1997: 247). Ihre Stärke besteht vor allem darin, ein Korrektiv zu offiziellen Kriminalstatistiken zu sein, und ein tieferes Verständnis durch Zusammenhangsanalysen zwischen Tat-, Täter- und Opfermerkmalen zu ermöglichen (vgl. Lamnek 2001: 394). Neben diesen allgemeinen Problemen ergeben sich zwei weitere konkrete hinsichtlich der Klassifizierung homophober Gewalttaten.

1. *Klassifizierung als Hassgewalt*: Problematisch ist insbesondere auch in Umfragen, Hassgewalt aufgrund der sexuellen Orientierung von 'normaler' Gewalt eindeutig zu trennen. Es muss auch hier der Selbsteinschätzung der Befragten überlassen werden, ihnen widerfahrene Gewalttaten als homophobe Hassgewalt zu klassifizieren. Anhand von Kontrollvariablen können zwar empirisch Indizien dafür herangezogen werden, dass auch tatsächlich homophobe Hassgewalt vorliegt. Letztendlich kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass Befragte auch solche Gewalterfahrungen berichten, die keinen homophoben Motivhintergrund aufweisen.[6]

2. *Klassifizierung der Gewalt nach Gewaltformen*: Es ist selbst für Experten in strafrechtlichen Fragen nicht in allen Fällen einfach, den Tatbestand einer Gewalttat eindeutig einer bestimmten Gewaltform zuzuordnen. Dies gilt umso mehr für den juristischen 'Laien', der in der Rolle des Befragungsteilnehmers den eigenen Fall in einer vorgegebenen Liste juristisch relevanter Gewaltformen ohne entsprechenden Expertenbeistand klassifizieren muss. Der juristische Unterschied zum Beispiel zwischen einer "Bedrohung", einer "Belästigung" oder "Beleidigung" kann für den 'Laien' unter Umständen entweder nicht nachzuvollziehen sein und führt im schlimmsten Fall eben zu einer falschen Zuordnung. Falsche Einschätzungen können deshalb in Umfragen ebenfalls nicht sicher ausgeschlossen werden.

3. Ausgewählte Ergebnisse

Im Folgenden wird anhand von einigen ausgewählten Ergebnissen der Studie dargestellt, welchen homophoben Gewalterfahrungen Schwule und bisexuelle Männer ausgesetzt sind. Nach einem allgemeinen Überblick über das Ausmaß an Gewalterfahrungen insgesamt wird anschließend über den einen Vorfall berichtet, der die Befragten in den letzten 12 Monaten am stärksten betroffen hat.[7] Neben dem Blick auf die Tat, ihren Kontext, den/die Täter/n und den Opfern wird bei diesem einen Vorfall besonders das Anzeigeverhalten der Opfer bei der Polizei dargestellt. Abschließend wird das Risi-

---

[6] So konnten zum Beispiel Herek, Cogan & Gillis (2002) in einer kalifornischen Studie an einem Subsample unter Einsatz mündlicher Interviews zeigen, dass ein geringer Prozentsatz (9%) der von den Befragten ursprünglich als homophob klassifizierten Gewalttaten nach entsprechend genauem Nachfragen durch die geschulten Interviewer keinen eindeutig homophoben Hintergrund mehr aufwiesen.

[7] Aus Gründen der methodischen Durchführbarkeit des Erhebungsinstruments mussten detaillierte Angaben der Befragten auf nur einen Vorfall beschränkt werden.

kobewusstsein bezüglich der Wahrscheinlichkeit, Opfer einer homophoben Gewalttat zu werden, näher betrachtet.

3.1. Ausmaß an Gewalterfahrungen

Wird nach verschiedenen juristisch relevanten Gewaltformen unterschieden, können zunächst die Anteile derjenigen an allen Befragten betrachtet werden, die im letzten 12 Monatszeitraum homophobe Gewalttaten gegen sich persönlich erlebt haben (vgl. Abb. 1). Die Erfassung von Mehrfachviktimisierungen (also die Betroffenheit durch mehrere Gewaltformen *und/oder* mehreren Gewalttaten in diesem Zeitraum) ist durch die Möglichkeit der Mehrfachnennung durch die Befragten und der Angabe der Häufigkeiten innerhalb einer Gewaltform sichergestellt. Den Angaben zufolge sind 39.4 Prozent der Befragten belästigt oder beleidigt, 14.4 Prozent bedroht und 13.6 Prozent bedrängt oder genötigt worden. Diese Bedrohungen im weitesten Sinne nehmen insgesamt und als einzelne Tatbestände jeweils den größten Anteil unter allen Gewaltformen ein, gefolgt von den Eigentumsdelikten (Diebstahl, Eigentumsbeschädigung und Raub). Körperverletzungen mit keiner (9.7 Prozent), leichter (4.6 Prozent) und schwerer Verletzung (1.3 Prozent) werden mit zunehmender Schwere der Verletzung deutlich weniger berichtet.[8]

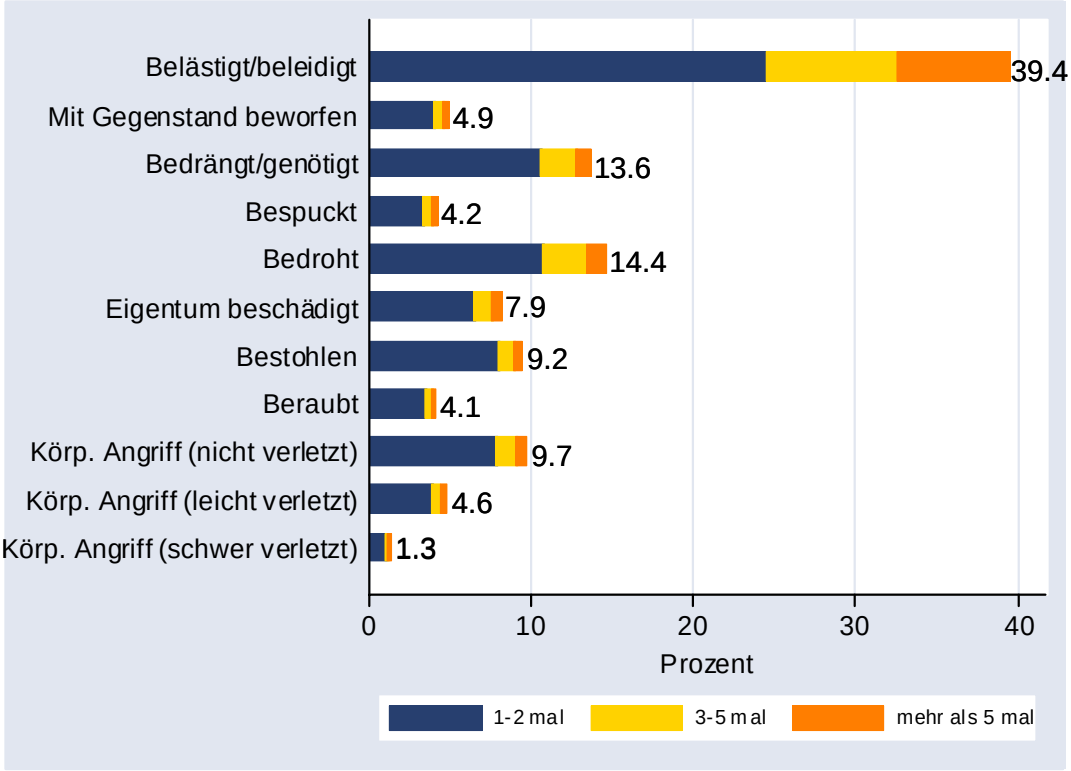
Einer Person können nicht nur mehrere Gewaltformen widerfahren sein, sondern auch jede Gewaltform selbst kann im gegebenen Zeitraum mehrmals vorgekommen sein. Ein Blick auf die Häufigkeiten zeigt, dass diese bei den unterschiedlichen Formen von Bedrohung (Belästigung/Beleidigung, Bedrohung, und Bedrängung/Nötigung) am häufigsten auftreten. Eine Übersicht über das Ausmaß der Viktimisierung nach dem Wohnort (Bundesländer, Berliner Bezirke und Städte) findet sich in Tab. 3 im Anhang.

Allerdings muss bei diesen Angaben vermutet werden, dass die Befragten auch Fälle außerhalb des 12-monatigen Bezugszeitraums, der in der Frage als zeitliche Begrenzung gesetzt wurde, berichten (*overreporting*). Detaillierte Analysen zu dem einen Fall, der die Befragten am stärksten betroffen hat (vgl. die nachfolgenden Analysen) und für den genaue Datumsangaben erhoben wurden, zeigen, dass 9 Prozent der Befragten einen derartigen Vorfall *vor* dem 12-monatigen Zeitraum berichtet haben. Diese Fälle können bereinigt und aus den Analysen zu dem einen stark betreffenden Vorfall sicher ausgeschlossen werden. Bei den Auswertungen zu allen Vorfällen im selben Zeitraum (d.h. der Mehrfachviktimisierung) ist dies jedoch nicht möglich und daher auch nicht kontrollierbar. Es muss sogar vermutet werden, dass sich die Befragten auch hier nicht immer auf den einjährigen Zeitraum beschränken und in ähnlichem Ausmaß mehr Gewalttaten berichten.

---

[8] In seinen Untersuchungen zum Umgang homosexueller Männer mit HIV und AIDS erfasst Michael Bochow seit 1991 regelmäßig unter anderem auch deren Gewalterfahrungen mit homophobem Hintergrund (zuletzt: Bochow, Wright & Lange 2004: 25f.). Der in diesen Studien gefundene Viktimisierungsgrad ist deutlich niedriger als in der MANEO-Umfrage 2006/2007 (z.B. "symbolische Gewalt" in der Form von Beschimpfung, Beleidigung und Pöbelei: 1996: 12 Prozent, 1999: 13 Prozent und 2003: 11 Prozent), was offensichtlich auf Effekte des Erhebungsinstruments (durch andere Formulierungen von Frage und Antwortkategorien etc.) und des Erhebungskontextes zurückzuführen ist. Auch wenn seine Ergebnisse deshalb nicht mit den Befunden der MANEO-Umfrage 2006/2007 verglichen werden können, sind mit seinen Erhebungen Rückschlüsse auf Entwicklungen im Zeitverlauf möglich. Demnach kann im Kontext seiner Untersuchung vermutet werden, dass die Gewaltbetroffenheit im Trend offenbar weitgehend stabil ist.

Abb. 1: Häufigkeit der Gewalterfahrungen nach Formen - Mehrfachviktimisierung (Prozent)



Prozentuierungsbasis: alle Fälle (N=23.949); Mehrfachnennungen nach Formen waren möglich.

In den Kommentaren und offenen Textangaben der Befragten wird oft eine sehr große Dankbarkeit für die MANEO-Umfrage geäußert, die in empirischen Erhebungen in einem derartigen Ausmaß unüblich ist (z.B. "Danke, dass Ihr diese Umfrage gemacht habt. Macht weiter so."). Da die Teilnahme an einer Umfrage für die Befragten Ressourcen bindet (d.h. Zeit und Geld kostet) und gewöhnlich als anstrengend empfunden wird, kann für die Nennung homophober Gewalttaten außerhalb des angegebenen Zeitraums (overreporting) möglicherweise weniger ein Überlesen des 12-monatigen Zeitraums in der Fragestellung verantwortlich gemacht werden. Vielmehr könnte ein wesentlicher Grund für ein overreporting gerade darin liegen, dass mit der Umfrage endlich ein Ventil gefunden werden konnte, eine widerfahrene Gewalttat (auch vor dem Zeitraum) überhaupt berichten zu können. Die Teilnahme an der Umfrage und die Beantwortung der Fragen sind - so die nahe liegende Annahme - für viele Befragte in gewisser Weise auch eine Verarbeitung und ein wenig auch ein Einfordern von Gerechtigkeit aufgrund erlittenen Unrechts. Auch wenn diese Überlegungen an dieser Stelle nur als Vermutung angeführt werden können und das genaue Ausmaß des overreporting nicht abgeschätzt werden kann, können Umfragen, die in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden, vermutlich zuverlässigere Zahlen über das tatsächliche Ausmaß homophober Gewalt liefern. Weitere Erhebungen in regelmäßigem Abstand wie die bereits geplante MANEO-Umfrage 2007/2008 sind daher sinnvoll und notwendig.

3.2. Subjektiv bedeutsamster Vorfall

Da Mehrfachviktimisierungen aufgrund der beschränkten Möglichkeiten im Rahmen der Umfrage nicht allesamt im Detail erfasst werden können, wurden nur zu einem Vorfall weitere Informationen erhoben. Im Zentrum steht deswegen nun der Vorfall, der die Befragten in den letzten 12 Monaten am

stärksten betroffen hat. Vorfälle außerhalb des einjährigen Bezugszeitraums können aus diesen Analysen sicher ausgeschlossen werden.

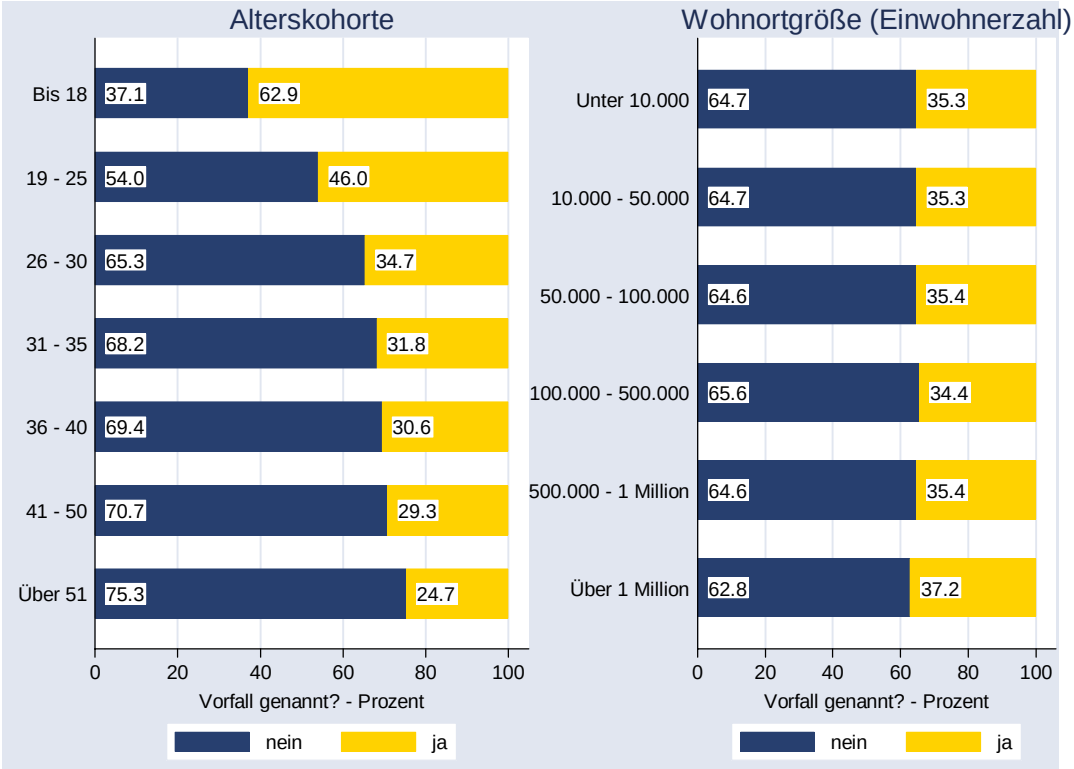
Tab. 1: Nennung eines subjektiv bedeutsamsten Vorfalls nach Wohnort (Prozent)

Bundesland		**Berliner Bezirk**		**Stadt**	
Baden-Württemberg	32.8	Charlottenburg	34.7	Aachen	41.7
Bayern	33.1	Friedrichshain	40.2	Augsburg	33.9
Berlin	38.9	Hellersdorf	39.6	Bielefeld	40.0
Brandenburg	34.9	Hohenschönhausen	38.5	Bochum	36.8
Bremen	34.1	Köpenick	35.6	Bonn	28.2
Hamburg	37.2	Kreuzberg	42.9	Braunschweig	30.5
Hessen	34.2	Lichtenberg	28.2	Dortmund	33.1
Mecklenburg-Vorp.	36.7	Marzahn	32.1	Dresden	35.3
Niedersachsen	35.8	Mitte	33.8	Duisburg	22.1
Nordrhein-Westfalen	37.1	Neukölln	42.4	Düsseldorf	32.0
Rheinland-Pfalz	34.4	Pankow	46.4	Essen	37.6
Saarland	37.4	Prenzlauer Berg	36.3	Frankfurt a.M.	35.2
Sachsen	34.1	Reinickendorf	37.3	Freiburg i.Br.	29.9
Sachsen-Anhalt	36.9	Spandau	46.0	Halle	37.6
Schleswig-Holstein	34.7	Schöneberg	43.3	Hannover	34.8
Thüringen	36.0	Steglitz	38.8	Karlsruhe	27.8
Deutschland unbek.	30.0	Tempelhof	34.6	Kassel	30.8
Ausland	34.1	Tiergarten	39.2	Kiel	34.7
		Treptow	30.0	Köln	39.0
		Wedding	36.9	Leipzig	34.6
		Weißensee	46.2	Magdeburg	29.6
		Wilmersdorf	41.7	Mainz	34.9
		Zehlendorf	33.3	Mannheim	36.8
		Berlin unbek.	54.0	München	30.0
				Münster	34.6
				Nürnberg	38.4
				Rostock	39.1
				Stuttgart	32.5
				Würzburg	30.2
Total (Alle Befragten)	**35.5**	**Total (Berlin)**	**38.9**	**Total (Städte)**	**35.7**

Prozentuierungsbasis: alle Fälle (N=23.949); Auswahl an Städten nur bei einer Teilnehmerfallzahl von N > 100.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass 35.5 Prozent aller Befragten mindestens einen Vorfall berichten, der sie in den letzten 12 Monaten am stärksten betroffen hat. Demnach geben 64.5 Prozent keinen derartigen Vorfall an (vgl. Tab. 1). In der Tabelle werden auch die entsprechenden Anteile nach dem Wohnort der Befragten angeführt. Der höchste Anteil eines berichteten Vorfalls hinsichtlich des Bundeslandes findet sich in Berlin (38.9 Prozent), gefolgt vom Saarland (37.4 Prozent), Hamburg (37.2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (37.1 Prozent). Den niedrigsten Anteil weisen Bremen (34.1 Prozent), Bayern (33.1 Prozent) und Baden-Württemberg (32.8 Prozent) auf. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern nicht sehr stark ausgeprägt. Der Blick auf die Bezirke der Hauptstadt Berlin zeigt Pankow (46.4 Prozent), Weißensee (46.2 Prozent) und Spandau (46.0 Prozent) an der Spitze, Marzahn (32.1 Prozent), Treptow (30.0 Prozent) und Lichtenberg (28.2 Prozent) dagegen mit dem geringsten Anteil eines Vorfalls im Vergleich der Berliner Bezirke. Auf der Ebene der Städte fallen Aachen (41.7 Prozent), Bielefeld (40.0 Prozent), Rostock (39.1 Prozent) und Köln (39.0 Prozent) mit den Spitzenanteilen der berichteten Vorfällen auf, am wenigsten wird in Magdeburg (29.6 Prozent), Bonn (28.2 Prozent), Karlsruhe (27.8 Prozent) und Duisburg (22.1 Prozent) darüber berichtet.

Abb. 2: Subjektiv bedeutsamster Vorfall nach Alter und Größe des Wohnorts (Prozent)



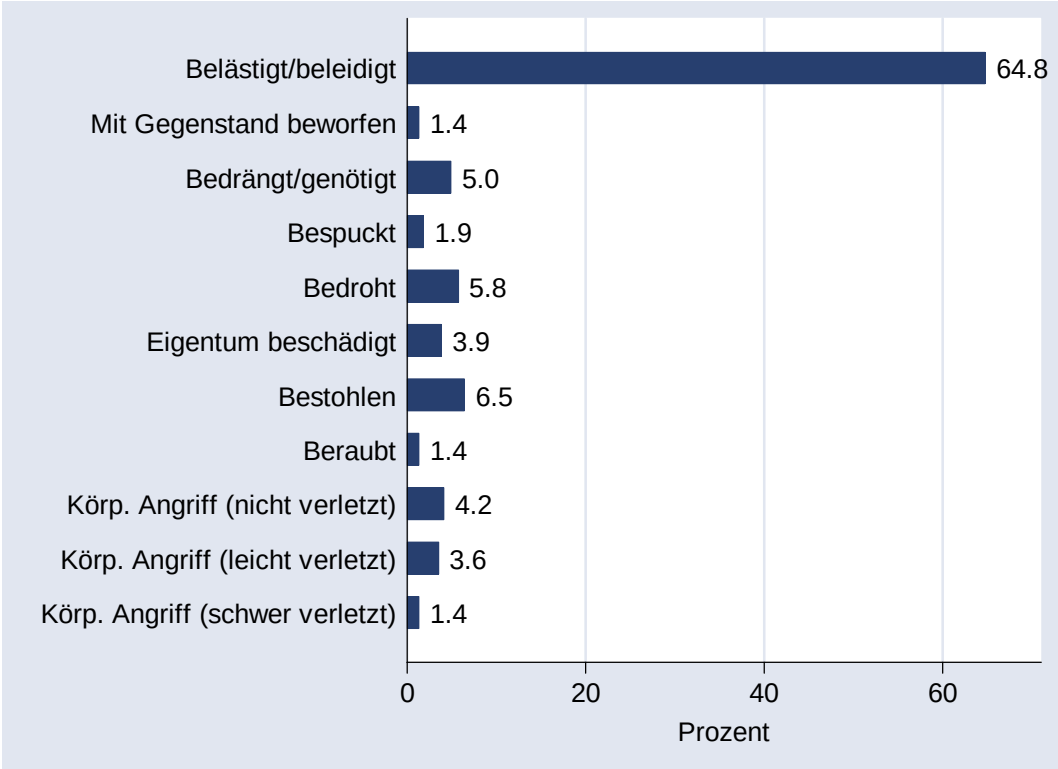
Prozentuierungsbasis: alle Fälle (N=23.949).

Wer ist von Gewalt am meisten betroffen?

Die Analysen offenbaren einen deutlichen Alterseffekt (vgl. Abb. 2). Demnach sind es vor allem die jüngeren unter schwulen und bisexuellen Männern, die stärker als ältere von Gewalt betroffen sind. Fast zwei Drittel (62.9 Prozent) der bis 18 Jahre alten sind in den letzten 12 Monaten Opfer einer Gewalttat geworden, und fast die Hälfte bei den zwischen 18 und 25 Jahre alten Befragten. Erst mit zunehmendem Alter nimmt die Gewalterfahrung offensichtlich ab. Weitere Analysen zeigen, dass sich insbesondere Schüler dahinter verbergen. 56.4 Prozent der Schüler sind den Angaben zufolge in den letzten 12 Monaten von Gewalt betroffen gewesen (in weiteren Analysen kann darauf noch genauer eingegangen werden). Zudem scheint eine Gewalterfahrung offensichtlich nur sehr wenig von der Größe des Wohnortes abhängig zu sein und auch nur geringfügig durch den sozialen Status des Opfers (wie z.B. dem Bildungsgrad der Befragten) beeinflusst zu sein (vgl. Abb. 14 im Anhang). Schließlich sind Personen ohne einen (Lebens-)Partner stärker von Hassgewalt berührt als Personen mit Partner. Auch diejenigen sind stärker mit Gewalt konfrontiert, die häufiger in der schwulen Szene ausgehen (unabhängig davon, ob sie Sexkontakte suchen oder Freunde treffen wollen).

Auf welche Vorfallformen sich der genannte Vorfall prozentual verteilt, zeigt Abb. 3 auf. Demnach entfällt der überwiegende Anteil der Vorfälle, die die Befragten innerhalb der letzten 12 Monate betroffen haben, auf Formen von Belästigungen und Beleidigungen. Eine schwere Körperverletzung findet immerhin in 1.4 Prozent aller genannten Vorfälle statt. Eine Differenzierung nach Form und Ort des Vorfalls (Bundesländer, Berliner Bezirke und Städte) findet sich in Tab. 4 im Anhang.

Abb. 3: Verteilung des subjektiv bedeutsamsten Vorfalls auf Formen (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

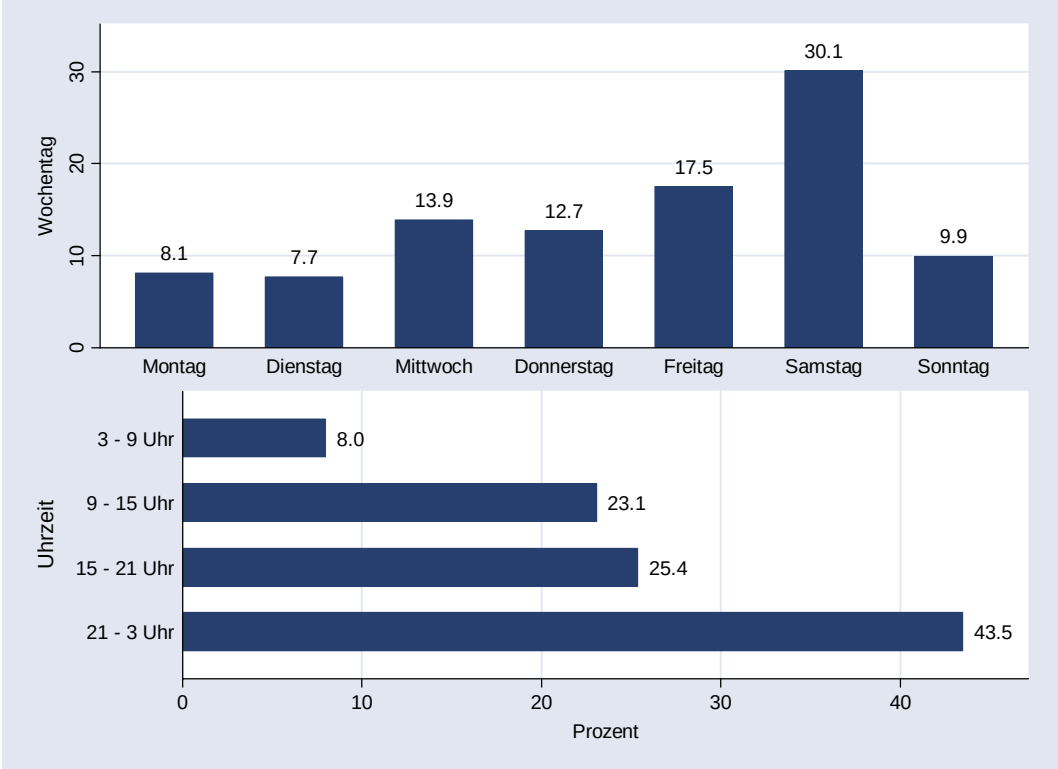
Reduziert und zusammengefasst auf drei Gewaltformen ergibt sich folgendes Bild: 75,7 Prozent der Vorfälle entfallen auf *Beleidigungen und Bedrohungen* im weitesten Sinne (d.h. Belästigung/Beleidigung, Bedrohung, und Bedrängung/Nötigung), 11,8 Prozent auf Gewalttaten in Zusammenhang mit *Eigentumsdelikten* (d.h. Diebstahl, Eigentumsbeschädigung und Raub) und 12,5 Prozent auf (beabsichtigte oder ausgeführte) *Körperverletzungen* (Beworfen worden, bespuckt worden und körperliche Angriffe).

Wann und wo finden die berichteten Vorfälle statt?

Der Blick auf den erfragten Wochentag zeigt (vgl. Abb. 4), dass sie vor allem am Wochenende (d.h. am Freitag mit 17.5 Prozent und vor allem am Samstag mit 30.1 Prozent aller Vorfälle) passieren. Die Gewalttaten geschehen überwiegend (in 43.5 Prozent aller genannten Vorfälle) am späteren Abend.

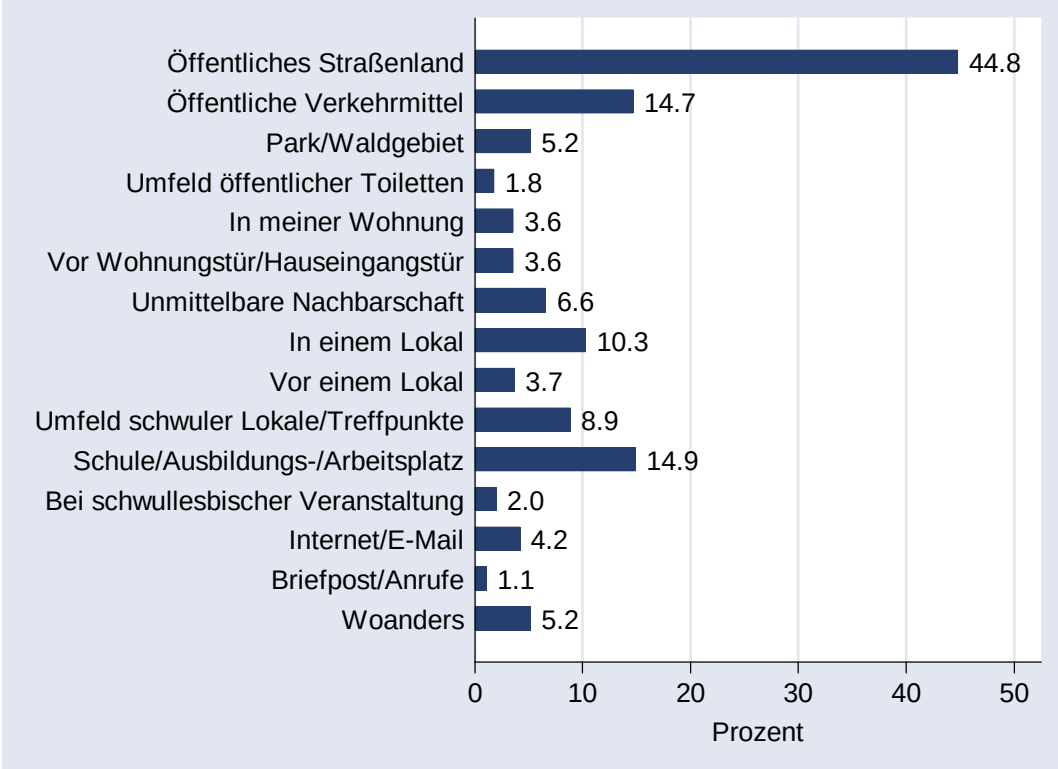
Entgegen den oft geäußerten Vermutungen ereignen sich homophobe Gewalttaten nicht an unbekannten Orten, sondern an Orten, die das Opfer gut kennt. Fast 85 Prozent der Opfer ist der Ort des Vorfalls gut bzw. sehr gut bekannt (vgl. Abb. 15 im Anhang). Die meisten Vorfälle (44.8 Prozent) finden den Angaben zufolge auf der Straße statt (vgl. die Zusammenstellung in Abb. 5).

Abb. 4: Wochentag und Uhrzeit des Vorfalls (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

Abb. 5: Ort des Vorfalls (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

3.3. Waffen und Verletzung

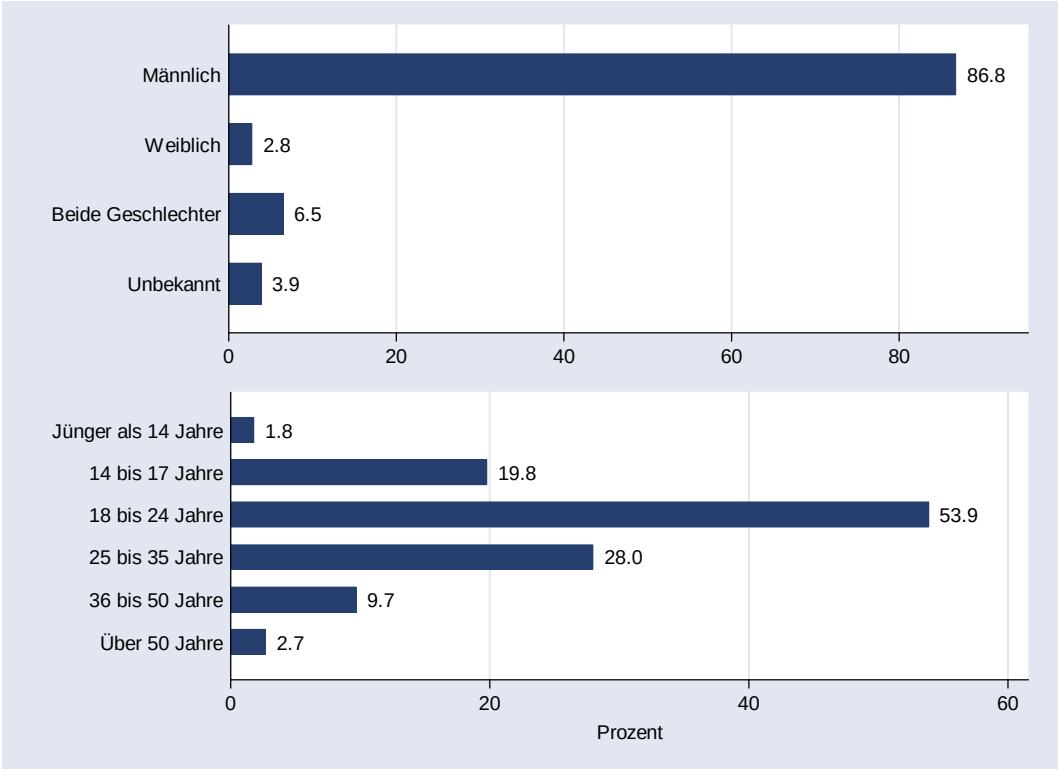
In 5,3 Prozent der Vorfälle sind den Angaben der Befragten zufolge Waffen im Einsatz gewesen. Diese verteilen sich auf folgende verschiedene Waffenarten: 60,2 Prozent aller Fälle mit einem Waffeneinsatz entfallen auf Stichwaffen, 18,6 Prozent auf Hieb- und Schlagwaffen, 12,7 Prozent auf Schusswaffen und 2,1 Prozent auf Betäubungswaffen. Unter den restlichen 6,4 Prozent (Sonstiges) verbergen sich vor allem Kombinationen der genannten Waffenarten.

In 7,8 Prozent der Vorfälle ist den Angaben zufolge eine Verletzung der Opfer eingetreten. Unklar bleibt an dieser Stelle, inwieweit den Angaben der Opfer vertraut werden kann. Eine Übertreibung (*overreporting*) aber auch eine Bagatellisierung (*underreporting*) von Verletzungen kann nicht sicher ausgeschlossen werden. Es gibt in den offenen Anmerkungen der Befragten Indizien dafür, die eher die These einer Bagatellisierung unterstützen (z.B. "Ich hatte zwar ein blaues Auge, aber es war Gott sei Dank nicht so schlimm"). Analysen der Verletzung mit Blick auf die unterschiedlichen Gewaltformen zeigen, dass die Verletzungen weitgehend beim leichten (94.8 Prozent) und schweren körperlichen Angriff (97.4 Prozent) auftreten.

3.4. Täter

Wer sind die Täter homophober Gewalttaten? Die kurze Antwort: sie sind jung und männlich (vgl. Abb. 6). In 86.8 Prozent der Fälle sind nur männliche Täter beteiligt. Bei über der Hälfte der genannten Fälle (53.9 Prozent) ist der Täter den Angaben zufolge zwischen 18 und 24 Jahre alt. An dieser Stelle sollte jedoch hervorgehoben werden, dass die Altersangabe zum Täter auf der Einschätzung der

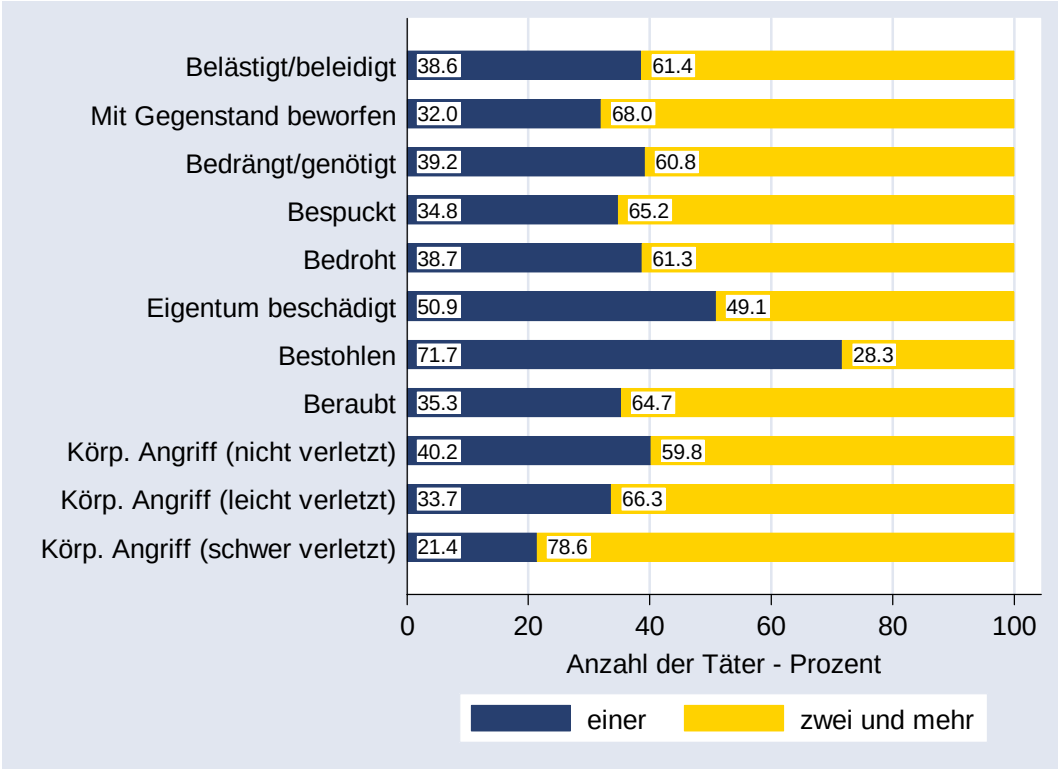
Abb. 6: Geschlecht und Alter des Täters/der Täter (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

Befragten beruht und damit unter Umständen weniger zuverlässig ist.[9]

Abb. 7: Anzahl der Täter nach Form des Vorfalls (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

In welcher Verbindung stehen Täter und Opfer?

Ist der Täter bzw. sind die Täter den Opfern bekannt? 70.7 Prozent der Befragten geben an, dass Ihnen der/die Täter unbekannt sind. 15.1 Prozent kennen ihn/sie flüchtig, weitere 14.2 Prozent kennen ihn/sie persönlich.[10]

Wenn die Täter bekannt sind, d.h. aus dem näheren Umfeld der Befragten stammen, kann folgendes Bild gezeichnet werden (vgl. Abb. 8): 1,2 Prozent aller berichteten Vorfälle sind den Angaben zufolge einem Täterkreis aus dem familiären Umfeld zuzurechnen, 2,9 wurden von Freunden, 5,9 von Bekannten, 3,2 von Nachbarn, 6,1 von Mitschülern, 4,9 von Arbeitskollegen, 0,7 von Vorgesetzten und 2,4 von Freizeitbekanntschaften begangen.

Betrachtet man die Angaben der Befragten zum weiteren Umfeld des Täters, muss sicherlich darauf hingewiesen werden, dass eine solche Einschätzung aus Opferperspektive oft schwierig und daher

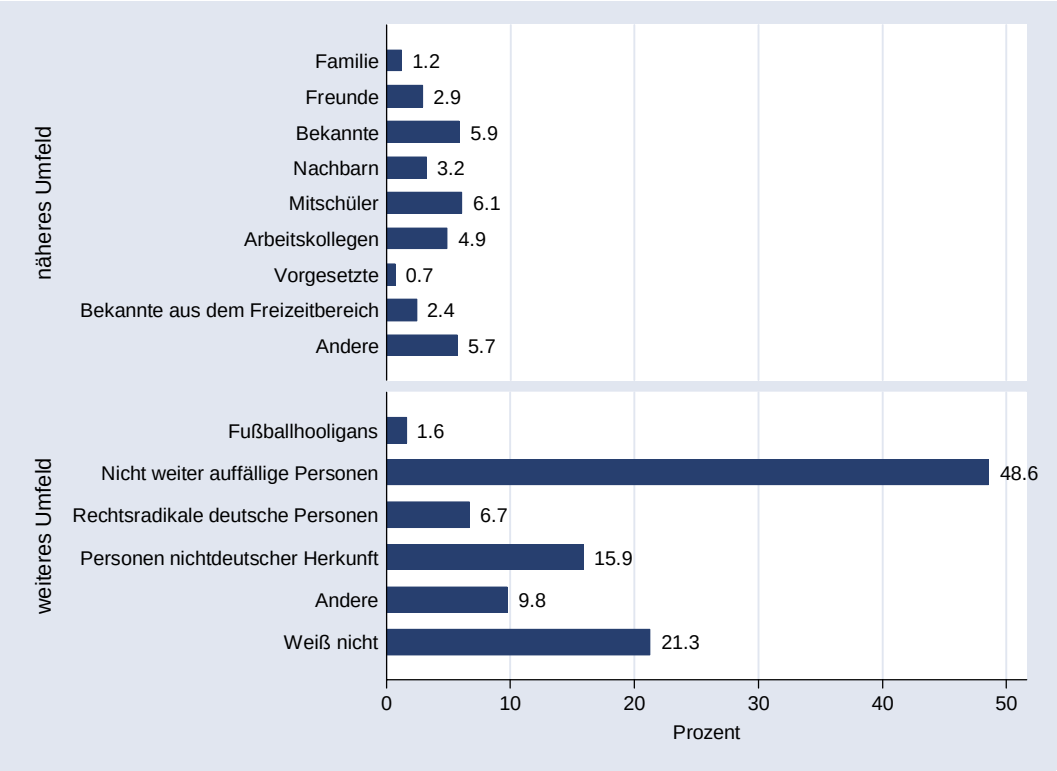
---

9 Kriminologische Erkenntnisse haben etwa aufzeigen können, dass Täter von den Betroffenen in der Regel älter eingeschätzt werden, da ihnen die Täter größer und mächtiger erscheinen. Werden die Täter ermittelt, sind diese oftmals viel jünger.

10 Nach dem Alter betrachtet zeigt sich, dass vor allem die Jüngeren (bis 18 Jahre alt) ihre Täter sowohl flüchtig (36.9 Prozent) als auch persönlich (31.5 Prozent) viel stärker kennen als ältere Befragte (nicht abgebildet). Dies verweist insbesondere auf die Schüler hin, deren Täterumfeld überwiegend im Kontext der Schule zu sehen ist. 40.5 Prozent der von Schülern angegebenen Gewalterfahrungen entfallen den Angaben zufolge auf Mitschüler als Täter. Eingehende Analysen hierzu müssen noch folgen und werden ggf. in einem weiteren Bericht dokumentiert.

problematisch ist. Ein Großteil der Angaben (48.6 Prozent) entfällt auf "nicht weiter auffällige Personen". Rechtsradikale deutsche Täter werden mit fast 6.7 Prozent genannt. Obwohl es aus minderheitenpolitischen Gründen - eine Minderheit stünde anklagend gegen eine andere Minderheit - nicht explizit als Antwortkategorie vorgegeben werden konnte, haben immerhin 15.9 Prozent der Befragten mit einem Vorfall von sich aus (d.h. ohne eine Frage oder Nachfrage) berichtet, dass der Täter nichtdeutscher Herkunft gewesen sei bzw. einen Migrationshintergrund hatte. Da diese Angabe im Fragebogen nicht explizit vorgegeben wurde, ist dieses Ergebnis umso bemerkenswerter. In weiteren Untersuchungen darf dieses Thema deshalb nicht mehr aus problematischen Gründen politischer Korrektheit ausgeschlossen werden, sondern muss im Gegenteil wissenschaftlich weiter untersucht und damit aufgeklärt werden. Es kann jedenfalls angenommen werden, dass der Anteil an Tätern nichtdeutscher Herkunft bzw. mit Migrationshintergrund mit den hier offen geäußerten 16 Prozent aller Fälle unterschätzt sein dürfte.

Abb. 8: Näheres und weiteres Umfeld des Täters/der Täter (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

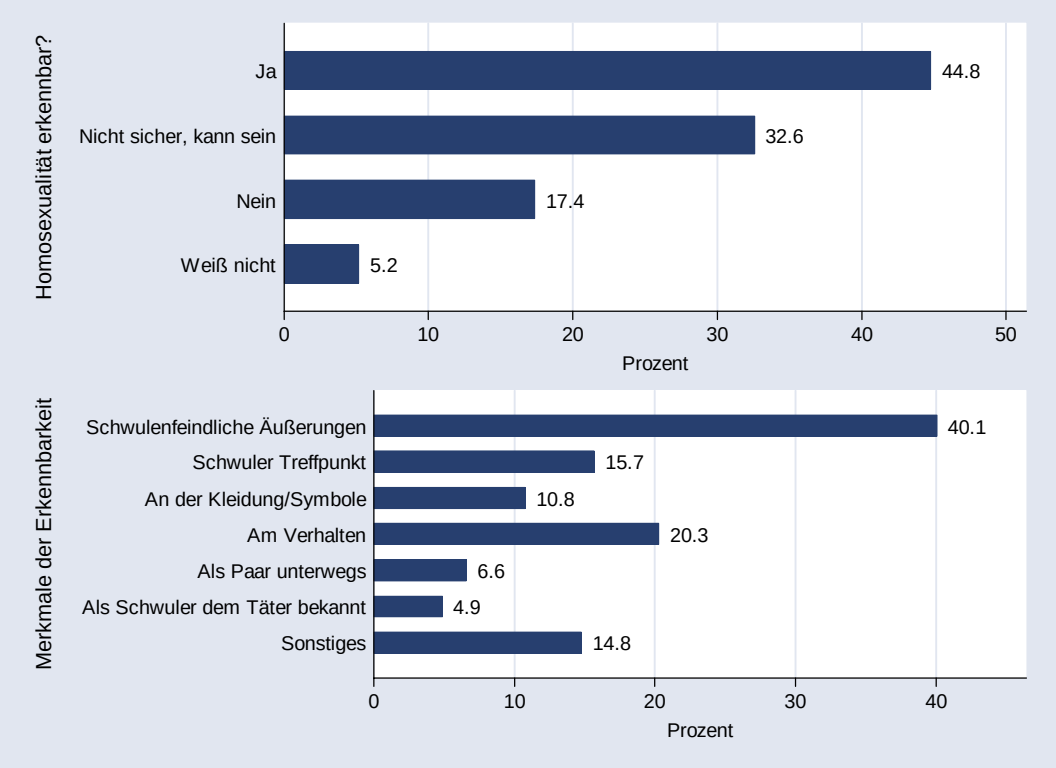
3.5. Erkennbarkeit der sexuellen Orientierung des Opfers

Eine bedeutsame Frage (relevant vor allem auch in Bezug auf eine eindeutige Klassifikation der von den Befragten genannten Gewalttaten als homophober Gewalt) ist die nach der Erkennbarkeit der Homosexualität des Opfers durch den/die Täter (vgl. Abb. 9). Fast die Hälfte der Befragten mit einem genannten Vorfall gibt an, dass ihre Homosexualität für Täter zu erkennen war (44.8 Prozent). Weitere 32.6 Prozent der Befragten sind sich nicht sicher, geben aber auf Nachfrage konkrete Merkmale an, an denen dies im Prinzip erkennbar gewesen war. 17.4 Prozent sind der Ansicht, dass die sexuelle Orien-

tierung für den Täter nicht zu erkennen war. Auch wenn es explizites Ziel der Umfrage war, das Ausmaß homophober Gewalterfahrungen zu ermitteln, kann für letzteren Anteil der Befragten zumindest nicht mit Sicherheit angenommen werden, dass die Gewalttat in allen Fällen auch wirklich vorurteilsmotiviert war.

Insbesondere schwulenfeindliche Äußerungen des Täters/der Täter werden größtenteils als Merkmale für ein homophobes Tatmotiv genannt (40.1 Prozent). Diese und die weiteren Einschätzungen zu den Erkennbarkeitskriterien der sexuellen Orientierung lassen jedenfalls wenig Zweifel an der homophoben Ausrichtung der meisten Taten zu.

Abb. 9: Erkennbarkeit der Homosexualität des Opfers und Erkennungsmerkmale (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

3.6. Anzeigeverhalten

Gerade für die Sichtbarkeit homophober Taten ist das Anzeigeverhalten bei der Polizei von besonderem Interesse (vgl. Tab. 2). Demnach wurden nur 11,9 Prozent aller Fälle bei der Polizei zur Anzeige gebracht. In 88,1 Prozent der Fälle dagegen wurde die Polizei nicht verständigt.

Es gibt nicht unerhebliche Unterschiede im Anzeigeverhalten, wird dieses nach dem Bundesland, in dem der Vorfall stattgefunden hat, betrachtet. Während in den Stadtstaaten (Bremen, Hamburg und Berlin) und in Sachsen-Anhalt der Anteil einer polizeilichen Meldung deutlich höher liegt, ist er in Baden-Württemberg, Thüringen, Bayern, Schleswig-Holstein und Brandenburg erheblich niedriger.

Insgesamt aber muss dieser niedrige Anteil von angezeigten Taten verwundern. Betrachtet man das Anzeigeverhalten etwa in Zusammenhang damit, ob eine Verletzung des Opfers stattgefunden hat, ist unschwer zu erkennen, dass der Anteil einer polizeilichen Meldung im Falle einer Verletzung höher

Tab. 2: Verständigung/Anzeige bei der Polizei nach Bundesländern des Vorfalls (Prozent)

Polizei verständigt/ Anzeige erstattet?	Nein	Ja	im Fall von:			Fall-zahl*
		Gesamt	Bedrohung	Eigentums-delikt	Körper-verletzung	
Bremen	84.4	15.6	4.8	[30.8]	[50.0]	14
Sachsen-Anhalt	85.7	14.3	4.9	[43.8]	[54.5]	26
Hamburg	85.7	14.2	3.4	49.2	30.0	53
Berlin	85.9	14.1	4.4	43.4	31.7	167
Nordrhein-Westfalen	87.4	12.6	4.8	39.5	31.7	243
Hessen	89.3	10.7	4.0	36.5	31.0	63
Mecklenb-Vorp.	89.3	10.7	4.3	[25.0]	[41.2]	16
Saarland	89.8	10.2	6.9	[33.3]	[37.5]	10
Sachsen	89.9	10.1	4.1	41.2	25.0	34
Rheinland-Pfalz	90.1	9.9	3.3	56.5	21.4	26
Niedersachsen	90.9	9.1	3.8	42.0	21.9	53
Baden-Württemberg	91.2	8.8	3.1	40.0	26.1	67
Thüringen	91.7	8.3	5.0	[20.0]	18.2	13
Bayern	92.5	7.5	2.9	28.4	21.8	71
Schleswig-Holstein	92.5	7.5	5.0	[23.5]	[12.5]	13
Brandenburg	92.9	7.1	4.1	[20.0]	[37.5]	10
Deutschland unbek.	90.1	9.9	2.6	21.1	[44.4]	20
Ausland	83.0	17.0	6.7	36.7	18.9	55
Total	88.1	11.9	4.3	39.6	30.8	954

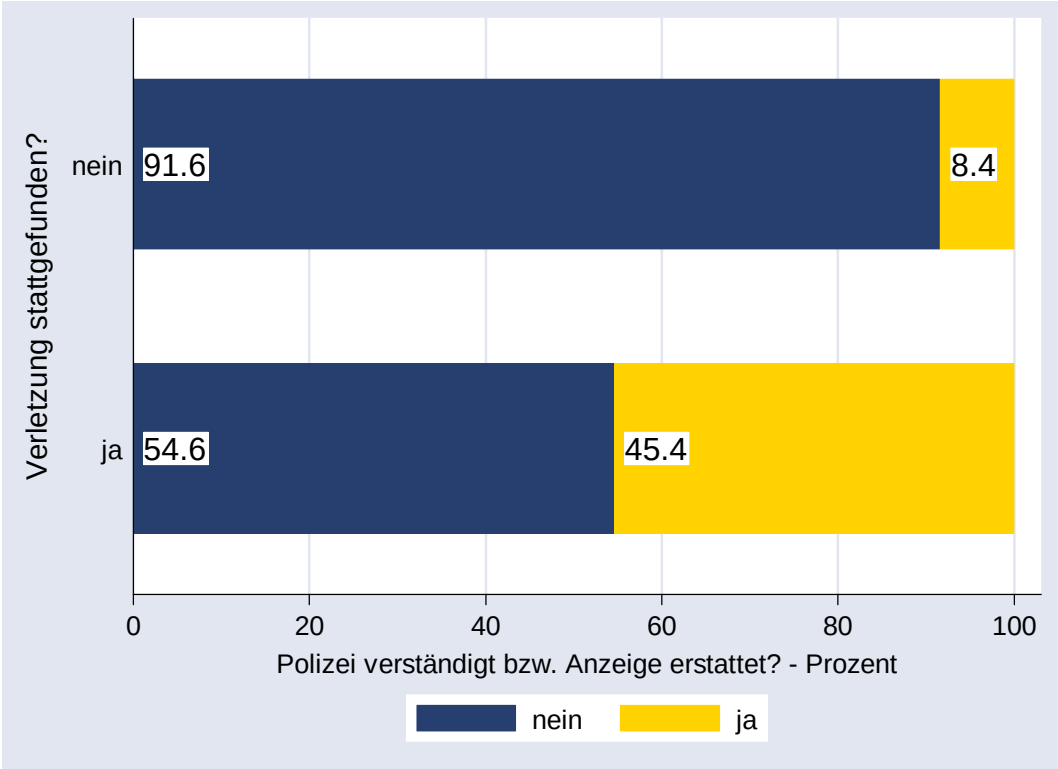
Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513). * Alle Vorfälle, die angezeigt oder in denen die Polizei verständigt wurde. Eckige Klammer: Fallzahl liegt unter N=20.

liegt (vgl. Abb. 10). Aber selbst hier muss festgestellt werden, dass nicht einmal die Hälfte der Gewalttaten mit einer Verletzung zur Anzeige bei der Polizei gebracht werden. Auch wenn man das Anzeigeverhalten nach den verschiedenen Formen von Gewalt unterscheidet (vgl. Abb. 11), zeigt sich ein ernüchterndes Bild. Selbst im Falle einer schweren Körperverletzung werden nur 69.2 Prozent dieser Gewalttaten zur Anzeige gebracht. Damit wird fast ein Drittel dieser besonders schweren Gewaltkriminalität nicht angezeigt. Zwar kann bestätigt werden, dass das Anzeigeverhalten und damit auch die Dunkelziffer deliktspezifisch ist (vgl. Lamnek 2001: 395), die geringe Anzeigebereitschaft auf Seiten der Opfer bleibt jedoch problematisch.

Auch wenn den Gründen für dieses recht zögerliche bzw. zurückhaltende Anzeigeverhalten in jedem Fall weiter nachgegangen werden muss, kann zu Recht die Frage aufgeworfen werden, inwieweit die Polizei, Verantwortliche in Staat und Gesellschaft und all jene, die sich auf offizielle Kriminalstatistiken berufen, überhaupt vom Ausmaß antischwuler Gewalt informiert sind. Und es zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass Opferbefragungen auch Licht in das Dunkelfeld homophober Gewalttaten bringen können.

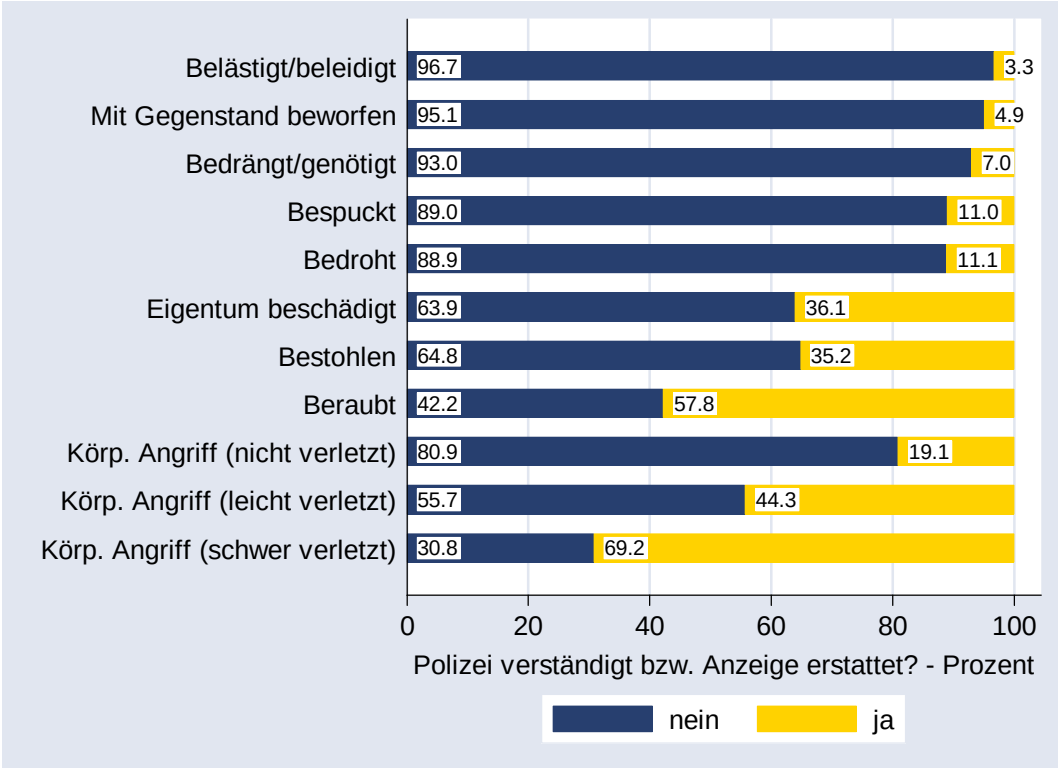
Welche Gründe nennen die Opfer, warum sie die Polizei nicht verständigt oder Anzeige erstattet haben? Fast die Hälfte der Opfer (49.5 Prozent) findet die Gewalttat offensichtlich nicht so schlimm, als dass eine Anzeige oder Meldung bei der Polizei gerechtfertigt wäre (vgl. Abb. 12). Auch der erhöhte Aufwand bzw. die vielen Umstände (33,4 Prozent) deuten möglicherweise auf eine Bagatellisierung durch die Opfer hin. Fast ein Viertel der Befragten zeigt Zweifel an der Polizeiarbeit oder resigniert, dass die Täter ohnehin nicht ermittelt werden.

Abb. 10: Verständigung/Anzeige bei der Polizei nach Verletzung (Prozent)



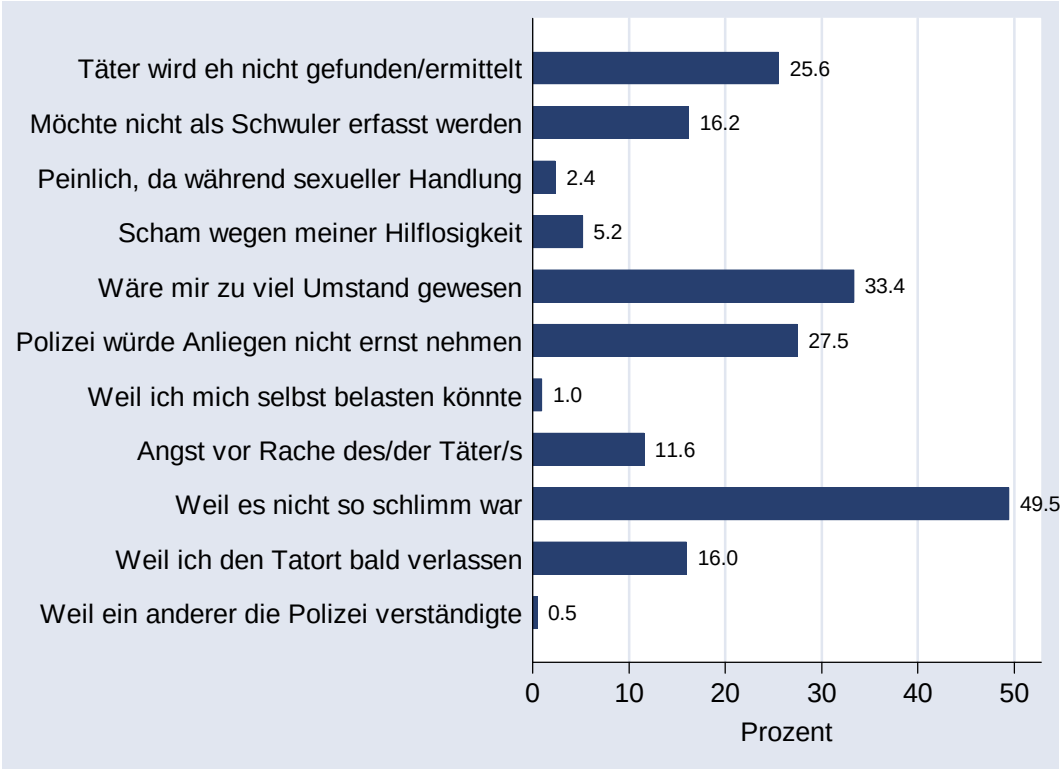
Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

Abb. 11: Verständigung/Anzeige bei der Polizei nach Form des Vorfalls (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

Abb. 12: Gründe für Nicht-Verständigung/Nicht-Anzeige bei der Polizei (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).

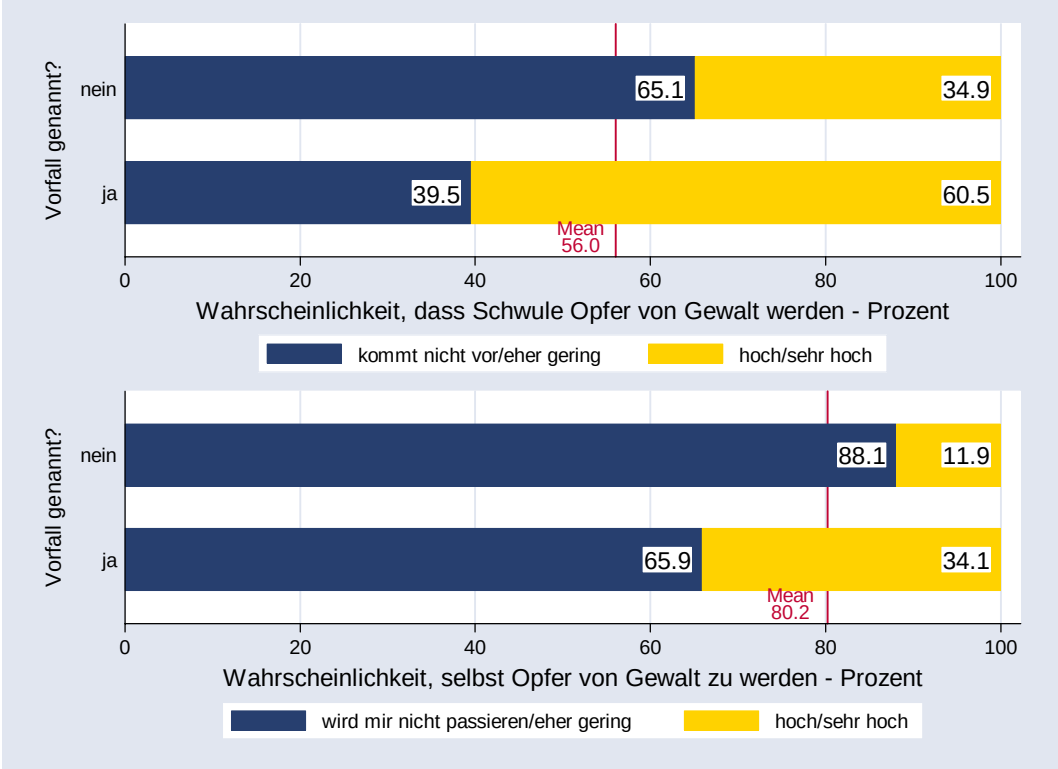
Dass dies jedoch pauschal nicht zutreffen muss, belegt die erhobene Täterermittlungsquote bzw. Aufklärungsquote unter denjenigen Befragten, die Anzeige erstattet haben. Demnach konnte den Angaben der Befragten zufolge in immerhin 37.6 Prozent der Fälle, die zur Anzeige gebracht wurden, der/die Täter gefasst werden, 12.5 Prozent wissen es (noch) nicht. Bei 49.8 Prozent der angezeigten Fälle konnte/n der/die Täter nicht gefasst werden.

3.7. Sicherheitsgefühl

Abschließend soll der Blick darauf gelenkt werden, wie sich das Sicherheitsgefühl bzw. Risikobewusstsein unter den befragten schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern darstellt. Für wie wahrscheinlich halten sie es, dass Schwule insgesamt und insbesondere auch sie selbst Opfer einer homophoben Gewalttat werden (vgl. Abb. 13).

Unabhängig davon, ob ein Vorfall in der Umfrage berichtet wurde, geben 56.0 Prozent der Befragten an, dass die Wahrscheinlichkeit für offen schwul lebende Männer, Opfer einer schwulenfeindlichen Gewalttat zu werden, entweder nicht vorkommt oder eher gering ist. 44.0 Prozent sind dagegen der Ansicht, dass dieses Risiko hoch bzw. sehr hoch ist (senkrechte rote Linie des oberen Teils der Abb.). Wenn ein Gewaltvorfall bei der befragten Person in den letzten 12 Monaten stattgefunden hat und berichtet wurde, ist festzustellen, dass auch die Wahrscheinlichkeit einer Gewalttat für Schwule allgemein deutlich höher eingeschätzt wird. In diesem Sinne hinterlassen homophobe Gewalttaten auch Spuren beim Opfer.

Abb. 13: Sicherheitsempfinden (generalisiert auf alle Schwule und selbstbezogen) abhängig davon, ob ein Vorfall stattgefunden hat (Prozent)



Im unteren Teil der Abbildung sehen wir die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer einer schwulenfeindlichen Gewalttat zu werden. Es findet sich zwar derselbe Effekt, wenn ein Vorfall bereits stattgefunden hat: Bereits Betroffene schätzen das Eigenrisiko höher ein. Unabhängig davon ist jedoch das Niveau der Gesamtrisikoeinschätzung deutlich verschoben (senkrechte rote Linie des unteren Teils der Abb.). Insgesamt geben 80.2 Prozent der Befragten an, dass die Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer zu werden gar nicht existiert oder nur gering ist, während 19.8 Prozent das Risiko als eher hoch bzw. sehr hoch einschätzen.[11]

Das Risiko, selbst von einer schwulenfeindlichen Gewalttat getroffen zu werden, wird also deutlich geringer eingeschätzt als das allgemeine Risiko bei allen Schwulen. Eigen- und Fremdwahrnehmung gehen also auseinander. Zwar ist selbst bei denjenigen, die bereits Opfer einer Gewalttat geworden sind, der Anteil derjenigen, die ein hohes Sicherheitsrisiko empfinden, mit 34.1 Prozent deutlich größer. Alles in allem scheinen diese Befunde jedoch eher darauf hinzudeuten, dass das eigene Risiko innerhalb der Szene eher unterschätzt wird. Umfragen wie diese können dazu beitragen, homophobe Gewalterfahrungen innerhalb der schwulen, bi- und transexuellen Szenen sichtbarer zu machen und damit das eigene Sicherheitsgefühl der Mitglieder zu hinterfragen. Sie geben eine bessere Aufklärung ohne zu dramatisieren und sie liefern relevantes empirisches Material, das für eine Gesamtbetrachtung ebenso bedeutsam ist wie die Sammlung einzelner Fallgeschichten.

[11] Auch wenn der Vergleich hier nicht unmittelbar möglich ist, zeigen Umfragedaten im Rahmen des Eurobarometers (EB 58.0) für das Jahr 2002, dass ca. 11 Prozent der deutschen Bevölkerung glaubt, dass sie in den nächsten 12 Monaten selbst Opfer einer Körperverletzung werden (vgl. Dittmann 2005: 9).

Literatur

Bandilla, Wolfgang/Hauptmanns, Peter (1998): Internetbasierte Umfragen als Datenerhebungstechnik für die Empirische Sozialforschung, in: ZUMA-Nachrichten 43, 36-53.

Berrill, Kevin T. (1986): Antigay Violence: Causes, Consequences, Responses, Washington: National Gay and Lesbian Task Force.

Bochow, Michael/Wright, Michael T./Lange, Michael (2004): Schwule Männer und Aids: Risikomanagement in Zeiten der sozialen Normalisierung einer Infektionskrankheit. Eine Befragung im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln (AIDS-Forum DAH, Bd. 48), Berlin: Deutsche AIDS-HIlfe.

Bundeskriminalamt (2007): Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2006, Wiesbaden: Bundeskriminalamt. [http://www.bka.de/pks/pks2006/]

Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin. [http://www.bka.de/lageberichte/ps/]

Deutsches Forum für Kriminalprävention (2006a): Arbeitsgruppe "Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige - insbesondere: junge Menschen -". Endbericht, Berlin. [http://www.bmj.bund.de/enid/861440c7bec40b0f5a8a444b54db9545,0/Kriminalpraevention/Praevention_von_Hasskriminalitaet_ya.html]

Deutsches Forum für Kriminalprävention (2006b): Arbeitsgruppe "Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige - insbesondere: junge Menschen -". Materialsammlung: Hasskriminalität: Ein Überblick aus kriminologischer Sicht Dokumentation erstellt von: Prof. Dr. Britta Bannenberg, Berlin. [http://www.bmj.bund.de/enid/861440c7bec40b0f5a8a444b54db9545,0/Kriminalpraevention/Praevention_von_Hasskriminalitaet_ya.html]

Dittmann, Jörg (2005): Kriminalitätsfurcht sinkt in Deutschland entgegen dem EU-Trend. Zur Wahrnehmung und Bewertung der Kriminalität, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 34, 6-9.

Finke, Bastian (2002): SÜB-Bericht 2001. Schwules Überfalltelefon Berlin (SÜB) - 216 33 36 - Hilfe für schwule Opfer und Zeugen von Gewalt und Diskriminierung. Dokumentation antischwuler Gewalt, Berlin. [http://www.maneo.de/pdf/Maneo-Report2001.pdf]

Herek, Gregory M. (Hg.) (1998): Stigma and Sexual Orientation. Understanding Prejudice Against Lesbians, Gay Men, and Bisexuals, Thousand Oaks; London; New Delhi: Sage.

Herek, Gregory M./Berrill, Kevin T. (Hg.) (1992): Hate crimes: Confronting Violence Against Lesbians and Gay Men, Newbury Park; London; New Delhi: Sage.

Herek, Gregory M./Chopp, Regina/Strohl, Darryl (2007): Sexual Stigma: Putting Sexual Minority Health Issues in Context, in: Meyer, Ilan H./Northridge, Mary E. (Hg.): The Health of Sexual Minorities: Public Health Perspectives on Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Populations, New York: Springer, 171-208.

Herek, Gregory M./Cogan, Jeanine C./Gillis, J. Roy (2002): Victim Experiences in Hate Crimes Based on Sexual Orientation, in: Journal of Social Issues 58, 319-339.

Lamnek, Siegfried (1997): Neue Theorien abweichenden Verhaltens, München: Fink (2. Aufl.).

Lamnek, Siegfried (2001): Kriminalität, in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich (2. Aufl.), 392-402.

Levin, Jack/McDevitt, Jack (2002): Hate Crimes Revisited: America's War on Those Who Are Different, Colorado: Westview.

McDevitt, Jack/Williamson, Jennifer (2002): Hate Crimes: Gewalt gegen Schwule, Lesben, bisexuelle und transsexuelle Opfer, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1000-1019.

Ohms, Constance (2000): Gewalt gegen Lesben, Berlin: Querverlag.
Perry, Barbara (2001): In the Name of Hate: Understanding Hate Crimes, New York: Routledge.
Schneider, Hans-Joachim (2001): Kriminologie für das 21. Jahrhundert, Münster: LIT.
Winters, Paul A. (Hg.) (1996): Hate Crimes, San Diego: Greenhaven Press.

Anhang

Tab. 3: Anteil erlebter Gewaltformen (Mehrfachviktimisierung) in den letzten 12 Monaten nach Wohnort (Prozent)

	Belästigt, beleidigt	Mit Gegenstand beworfen	Bedrängt, genötigt	Bespuckt	Bedroht	Eigentum beschädigt	Bestohlen	Beraubt	Körp. Angriff (nicht verletzt)	Körp. Angriff (leicht verletzt)	Körp. Angriff (schwer verletzt)"	Fallzahl gesamt (N)
Bundesland												
Baden-Württemberg	36.5	4.0	13.7	3.2	13.4	7.0	7.8	2.8	9.2	4.0	1.0	2474
Bayern	37.7	4.3	12.8	3.5	12.5	6.7	8.0	3.2	9.2	4.1	1.3	3044
Berlin	41.6	5.7	13.6	6.0	16.3	7.5	11.9	6.1	9.6	5.3	1.7	3013
Brandenburg	37.1	4.0	12.5	3.5	11.0	7.0	6.6	2.4	6.6	3.1	0.9	456
Bremen	34.1	4.3	13.7	5.9	16.5	7.1	12.6	4.3	11.4	5.1	1.6	255
Hamburg	37.8	3.7	14.4	4.9	15.3	8.9	10.8	4.8	8.0	5.5	1.5	1006
Hessen	38.6	4.6	13.7	4.0	14.5	7.5	8.5	4.2	11.4	4.2	1.3	1763
Mecklenburg-Vorp.	38.7	5.9	13.3	3.0	14.5	10.6	7.9	3.5	9.6	4.7	1.5	406
Niedersachsen	41.1	5.0	13.2	3.9	13.0	7.5	8.5	3.4	9.1	4.3	1.1	1753
Nordrhein-Westfalen	41.1	5.5	13.3	4.3	14.9	8.5	9.6	4.4	10.0	4.7	1.4	5411
Rheinland-Pfalz	38.5	4.8	14.6	3.9	14.1	8.8	9.2	4.1	10.7	4.6	1.0	910
Saarland	46.4	6.5	19.4	4.0	16.6	8.6	6.5	2.5	9.4	2.2	1.4	278
Sachsen	37.6	3.4	13.4	2.8	12.9	6.9	7.4	3.7	8.7	4.4	0.6	1016
Sachsen-Anhalt	41.9	6.0	15.1	3.4	19.1	9.1	7.5	3.2	12.1	6.2	1.6	504
Schleswig-Holstein	39.7	5.0	13.3	4.8	14.9	8.7	9.4	3.7	10.2	5.5	0.9	542
Thüringen	39.3	4.8	14.3	2.6	17.1	11.7	8.1	2.9	10.0	5.5	0.5	420
Deutschland unbek.	35.2	3.0	11.9	4.8	11.5	10.0	11.5	5.6	7.0	5.6	0.7	270
Ausland	39.7	6.6	17.7	6.4	17.2	9.1	14.7	7.4	12.8	5.2	2.7	408
Total	39.4	4.9	13.6	4.2	14.4	7.9	9.2	4.1	9.7	4.6	1.3	23929
Berliner Bezirk												
Charlottenburg	35.3	3.5	10.4	3.5	17.3	5.2	11.0	2.9	11.6	4.6	0.6	173
Friedrichshain	39.2	2.1	12.5	4.3	14.2	4.6	10.7	4.3	9.3	4.6	1.8	281
Hellersdorf	33.3	6.3	14.6	4.2	14.6	14.6	14.6	8.3	6.3	6.3	0	48
Hohenschönhausen	43.6	5.1	15.4	10.3	15.4	5.1	18.0	10.3	23.1	5.1	2.6	39
Köpenick	40.0	6.7	17.8	11.1	22.2	13.3	13.3	13.3	11.1	4.4	2.2	45
Kreuzberg	49.0	5.1	16.2	6.6	16.7	9.6	11.1	6.1	8.1	4.0	0.5	198
Lichtenberg	35.0	4.3	9.4	3.4	17.1	8.6	15.4	7.7	11.1	5.1	6.0	117
Marzahn	37.7	3.8	9.4	1.9	13.2	3.8	9.4	3.8	3.8	3.8	0	53
Mitte	35.9	4.7	11.5	4.3	14.5	6.8	10.3	6.4	7.7	2.6	1.7	234
Neukölln	45.1	8.2	16.3	7.6	20.7	7.6	12.0	6.5	10.9	6.0	0.5	184
Pankow	41.1	10.7	19.6	3.6	23.2	8.9	8.9	8.9	14.3	3.6	1.8	56
Prenzlauer Berg	43.4	3.7	8.3	5.7	13.1	6.3	10.0	6.6	7.1	5.1	1.4	350
Reinickendorf	35.8	4.5	19.4	9.0	14.9	9.0	13.4	10.5	6.0	4.5	0	67
Spandau	52.4	12.7	27.0	7.9	27.0	14.3	12.7	11.1	14.3	11.1	4.8	63
Schöneberg	47.4	7.8	15.0	8.8	17.6	9.3	13.2	4.9	9.3	5.7	2.6	386
Steglitz	38.8	7.1	15.3	7.1	14.1	5.9	12.9	3.5	10.6	4.7	3.5	85
Tempelhof	34.6	5.1	12.8	7.7	12.8	9.0	14.1	6.4	9.0	6.4	1.3	78
Tiergarten	41.5	4.6	13.1	4.6	16.9	6.2	12.3	3.9	11.5	5.4	0.8	130
Treptow	32.0	10.0	20.0	2.0	8.0	10.0	8.0	6.0	8.0	8.0	0	50
Wedding	41.5	7.7	13.9	4.6	12.4	6.2	6.9	4.7	10.8	7.7	0.8	130
Weißensee	46.2	5.1	7.7	2.6	25.6	2.6	10.3	7.7	7.7	7.7	2.6	39
Wilmersdorf	40.9	6.1	14.4	6.1	18.2	7.6	12.9	5.3	9.9	7.6	1.5	132
Zehlendorf	40.7	3.7	18.5	7.4	11.1	7.4	11.1	7.4	3.7	7.4	0	27
Berlin unbekannt	47.6	11.1	15.9	12.7	23.8	9.5	25.4	14.3	17.5	7.9	4.8	63
Total	41.6	5.7	13.6	6.0	16.4	7.5	11.9	6.1	9.6	5.4	1.7	3028

	Belästigt, beleidigt	Mit Gegenstand beworfen	Bedrängt, genötigt	Bespuckt	Bedroht	Eigentum beschädigt	Bestohlen	Beraubt	Körp. Angriff (nicht verletzt)	Körp. Angriff (leicht verletzt)	Körp. Angriff (schwer verletzt)"	Fallzahl gesamt (N)
Städte												
Aachen	47.2	10.2	16.5	6.3	20.5	17.3	11.0	7.1	14.2	7.1	2.4	127
Augsburg	40.3	5.7	5.7	3.2	5.7	5.7	4.8	4.0	7.3	3.2	1.6	124
Berlin	41.5	5.7	13.6	6.0	16.4	7.5	11.8	6.1	9.6	5.4	1.7	3023
Bielefeld	41.4	2.9	9.3	4.3	15.0	7.9	5.7	1.4	5.7	4.3	0.0	140
Bochum	36.1	2.4	12.1	3.0	16.9	6.6	9.6	3.0	6.0	2.4	0.0	166
Bonn	34.5	2.9	9.2	1.7	9.8	5.2	8.1	4.0	11.5	2.9	1.7	174
Braunschweig	37.5	3.9	12.5	2.3	12.5	8.6	10.2	3.9	5.5	3.9	1.6	128
Bremen	34.8	4.8	14.4	6.1	16.5	6.5	12.6	4.4	12.2	5.2	1.3	230
Dortmund	38.0	4.5	13.6	4.5	13.9	13.6	12.2	6.6	10.1	5.2	1.7	287
Dresden	37.5	2.9	12.7	2.2	9.8	5.5	6.2	3.3	7.3	2.6	0.4	275
Duisburg	30.9	2.9	12.5	2.9	14.0	5.9	8.1	6.6	11.0	7.4	2.2	136
Düsseldorf	39.9	3.6	9.1	3.3	12.4	8.8	10.6	4.5	11.2	3.9	0.6	331
Essen	39.9	4.9	12.8	5.3	17.3	6.0	6.8	3.0	8.7	4.1	0.8	266
Frankfurt a.M.	39.5	4.0	12.5	4.0	14.0	6.4	10.1	5.6	10.1	4.7	1.4	577
Freiburg i.Br.	35.4	4.7	10.2	2.4	16.5	7.1	6.3	3.9	9.5	4.7	1.6	127
Halle	41.6	6.4	11.2	3.2	13.6	9.6	8.0	3.2	10.4	7.2	1.6	125
Hamburg	37.9	3.7	14.6	4.8	15.4	8.9	10.8	4.8	8.0	5.4	1.5	1015
Hannover	37.3	4.4	12.9	3.6	10.7	6.3	8.8	5.8	7.1	3.6	1.6	365
Karlsruhe	34.0	1.9	12.4	2.5	10.5	6.8	3.7	1.9	7.4	3.1	1.2	162
Kassel	37.5	4.8	16.4	4.8	16.4	10.6	9.6	3.9	16.4	5.8	1.9	104
Kiel	43.3	5.5	13.4	5.5	16.5	5.5	9.5	0.8	9.5	5.5	0.0	127
Köln	42.4	5.9	14.0	4.6	15.4	6.2	11.1	4.9	10.6	5.1	1.5	1073
Leipzig	37.1	2.2	12.3	3.1	13.8	7.2	6.3	2.8	10.1	4.1	0.3	318
Magdeburg	34.3	9.3	17.6	5.6	17.6	10.2	8.3	4.6	15.7	6.5	0.9	108
Mainz	39.0	3.4	11.6	2.7	13.0	6.9	10.3	4.8	9.6	2.7	1.4	146
Mannheim	38.6	4.8	14.0	3.1	14.5	7.0	9.7	4.4	7.0	4.0	0.9	228
München	33.1	3.3	9.7	2.2	10.4	4.7	9.0	3.5	7.1	3.5	1.5	1022
Münster	37.1	2.5	8.8	1.9	8.2	5.0	6.9	1.9	6.3	3.1	1.3	159
Nürnberg	43.1	5.1	15.3	4.3	14.9	8.6	8.6	3.1	8.2	3.5	0.0	255
Rostock	40.9	5.2	13.0	2.6	13.0	13.0	10.4	2.6	8.7	6.1	0.9	115
Stuttgart	35.6	3.7	12.2	4.6	13.3	6.8	11.0	3.9	9.3	4.4	1.5	483
Würzburg	35.9	1.9	21.7	5.7	9.4	6.6	5.7	0.9	7.6	2.8	0.9	106
Total	38.9	4.6	12.9	4.4	14.3	7.3	10.0	4.7	9.2	4.7	1.4	12022

Prozentuierungsbasis: Fallzahl gesamt (N) ist die Teilnehmerzahl (an der Befragung) aus diesen Orten und entspricht 100 Prozent; Mehrfachnennungen nach Formen waren möglich.

Lesehilfe: 36.5 Prozent aller Befragten aus Baden-Württemberg geben an, in den letzten 12 Monaten ein oder mehrmals belästigt, beleidigt worden zu sein, 4.0 Prozent aller Befragten aus Baden-Württemberg geben an, in den letzten 12 Monaten ein oder mehrmals mit einem Gegenstand beworfen worden zu sein. Usw.

Tab. 4: Verteilung des in den letzten 12 Monaten subjektiv bedeutsamsten Vorfalls auf Formen nach dem Ort des Vorfalls (Prozent)

	Belästigt, beleidigt	Mit Gegenstand beworfen	Bedrängt, genötigt	Bespuckt	Bedroht	Eigentum beschädigt	Bestohlen	Beraubt	Körp. Angriff (nicht verletzt)	Körp. Angriff (leicht verletzt)	Körp. Angriff (schwer verletzt)"	Fallzahl gesamt (N)
Bundesland												
Baden-Württemberg	71.2	0.5	4.7	1.4	4.2	2.8	4.6	0.5	5.2	3.3	1.6	763
Bayern	68.5	1.8	6.0	1.1	4.6	4.0	4.7	0.6	4.3	3.0	1.5	946
Berlin	57.5	1.7	5.0	3.1	8.0	2.7	9.0	2.3	4.7	4.6	1.4	1185
Brandenburg	73.1	0.0	6.4	0.7	7.8	4.3	2.1	0.7	2.8	2.1	0.0	141
Bremen	53.3	1.1	5.6	2.2	11.1	2.2	11.1	1.1	3.3	4.4	4.4	90
Hamburg	60.8	0.8	6.5	3.0	3.5	4.8	9.7	1.3	2.7	4.3	2.7	372
Hessen	66.5	1.7	4.9	1.2	5.8	3.6	6.0	1.2	4.9	2.7	1.5	588
Mecklenburg-Vorp.	71.1	1.3	2.0	0.7	4.7	6.7	4.0	0.0	5.4	2.7	1.3	149
Niedersachsen	69.5	1.7	5.3	1.7	5.7	3.6	4.3	0.7	4.1	2.9	0.5	583
Nordrhein-Westfalen	64.6	1.6	4.1	2.3	5.9	4.7	6.3	1.3	3.9	3.7	1.5	1929
Rheinland-Pfalz	68.1	0.4	5.3	2.3	7.2	4.6	4.2	0.0	3.0	4.9	0.0	263
Saarland	78.6	2.0	3.1	0.0	7.1	1.0	2.0	0.0	2.0	1.0	3.1	98
Sachsen	67.0	0.3	6.6	1.2	5.7	3.6	5.4	1.2	5.4	3.3	0.6	336
Sachsen-Anhalt	70.9	1.1	5.0	0.0	3.3	3.3	4.4	1.1	6.0	3.9	1.1	182
Schleswig-Holstein	64.7	2.3	7.5	2.3	8.7	4.6	5.2	0.0	1.2	2.3	1.2	173
Thüringen	66.2	1.3	4.5	2.6	5.7	5.7	3.8	0.0	3.2	6.4	0.6	157
Deutschland unbek.	64.0	1.0	4.3	1.0	4.7	7.6	8.5	2.4	2.4	2.8	1.4	211
Ausland	45.5	3.1	5.3	2.8	5.0	3.4	17.3	7.1	4.3	5.0	1.2	323
Total	64.9	1.4	5.0	1.9	5.8	4.0	6.5	1.3	4.2	3.6	1.4	8489
Berliner Bezirk												
Charlottenburg	61.4	2.9	8.6	4.3	4.3	4.3	5.7	1.4	4.3	1.4	1.4	70
Friedrichshain	51.8	1.2	3.6	0.0	8.4	2.4	13.3	1.2	10.8	6.0	1.2	83
Hellersdorf	62.5	0.0	6.3	0.0	0.0	6.3	0.0	0.0	0.0	25.0	0.0	16
Hohenschönhausen	66.7	0.0	0.0	0.0	16.7	0.0	0.0	0.0	16.7	0.0	0.0	12
Köpenick	50.0	8.3	8.3	0.0	0.0	8.3	8.3	0.0	16.7	0.0	0.0	12
Kreuzberg	54.0	3.2	7.1	5.6	10.3	5.6	4.0	3.2	4.0	2.4	0.8	126
Lichtenberg	54.2	0.0	8.3	0.0	12.5	0.0	4.2	4.2	12.5	0.0	4.2	24
Marzahn	63.0	0.0	7.4	0.0	11.1	3.7	0.0	3.7	0.0	7.4	3.7	27
Mitte	71.8	2.4	4.8	1.6	3.2	1.6	4.8	2.4	2.4	3.2	1.6	124
Neukölln	59.5	2.5	5.1	2.5	5.1	2.5	6.3	0.0	5.1	8.9	2.5	79
Pankow	69.2	0.0	7.7	0.0	15.4	0.0	0.0	0.0	7.7	0.0	0.0	13
Prenzlauer Berg	56.0	2.2	4.4	1.1	4.4	4.4	9.9	1.1	7.7	7.7	1.1	91
Reinickendorf	46.2	0.0	0.0	7.7	23.1	0.0	15.4	0.0	0.0	7.7	0.0	13
Spandau	73.9	0.0	4.4	0.0	8.7	0.0	4.4	4.4	4.4	0.0	0.0	23
Schöneberg	50.8	0.4	4.2	5.0	7.9	2.1	18.8	2.5	2.9	3.3	2.1	240
Steglitz	63.6	0.0	0.0	9.1	0.0	0.0	9.1	0.0	0.0	18.2	0.0	11
Tempelhof	38.1	0.0	0.0	4.8	14.3	9.5	4.8	14.3	9.5	4.8	0.0	21
Tiergarten	58.7	4.4	2.2	6.5	8.7	2.2	4.4	2.2	2.2	6.5	2.2	46
Treptow	70.0	0.0	0.0	0.0	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.0	0.0	10
Wedding	58.3	3.3	3.3	3.3	11.7	1.7	3.3	3.3	6.7	5.0	0.0	60
Weißensee	33.3	0.0	0.0	0.0	50.0	0.0	0.0	0.0	16.7	0.0	0.0	6
Wilmersdorf	59.1	0.0	4.6	0.0	9.1	0.0	9.1	9.1	4.6	4.6	0.0	22
Zehlendorf	66.7	0.0	0.0	0.0	16.7	0.0	16.7	0.0	0.0	0.0	0.0	6
Berlin unbekannt	61.8	0.0	9.1	3.6	7.3	0.0	14.6	0.0	0.0	1.8	1.8	55
Total	57.7	1.7	5.0	3.1	8.0	2.7	9.0	2.3	4.7	4.5	1.4	1190

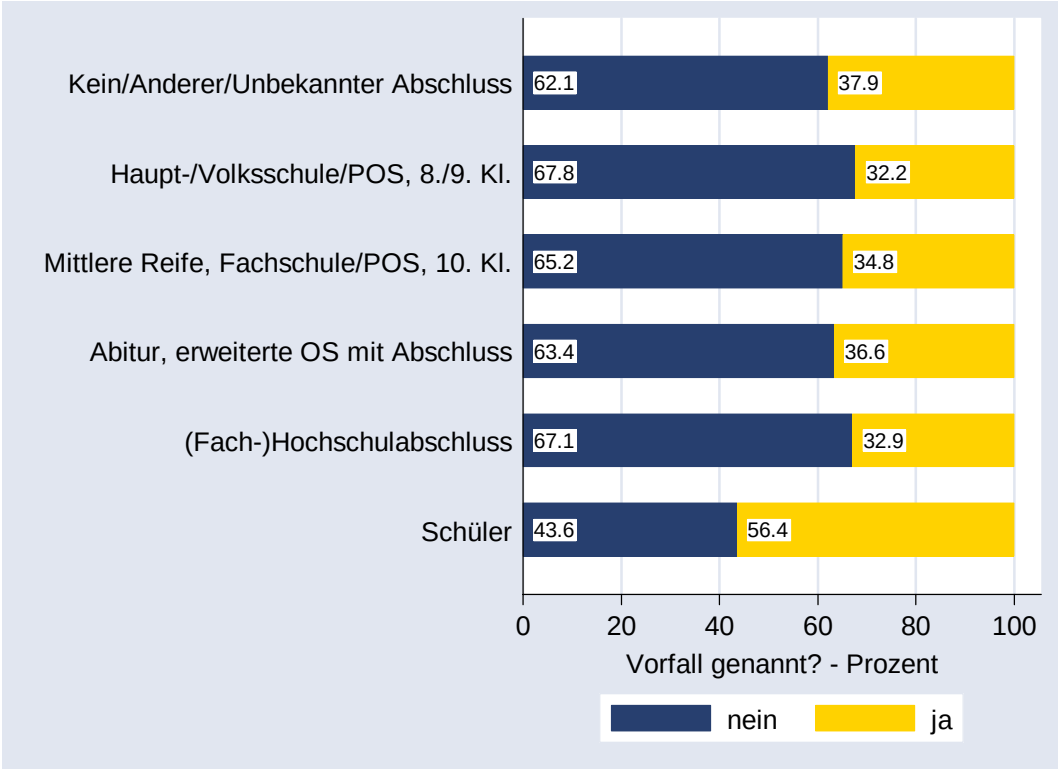
Stadt	Belästigt, beleidigt	Mit Gegenstand beworfen	Bedrängt, genötigt	Bespuckt	Bedroht	Eigentum beschädigt	Bestohlen	Beraubt	Körp. Angriff (nicht verletzt)	Körp. Angriff (leicht verletzt)	Körp. Angriff (schwer verletzt)"	Fallzahl gesamt (N)
Aachen	56.8	4.6	4.6	4.6	13.6	9.1	4.6	0.0	0.0	2.3	0.0	44
Augsburg	75.6	6.7	2.2	0.0	4.4	2.2	2.2	0.0	4.4	0.0	2.2	45
Berlin	57.6	1.7	5.0	3.1	8.0	2.7	9.0	2.3	4.7	4.5	1.4	1189
Bielefeld	61.0	3.4	8.5	1.7	10.2	3.4	3.4	1.7	3.4	1.7	1.7	59
Bochum	66.0	0.0	3.8	3.8	5.7	5.7	5.7	0.0	1.9	7.6	0.0	53
Bonn	67.7	0.0	8.8	5.9	2.9	5.9	0.0	2.9	2.9	2.9	0.0	34
Braunschweig	79.4	0.0	2.9	2.9	2.9	2.9	5.9	0.0	2.9	0.0	0.0	34
Bremen	52.4	1.2	6.0	2.4	11.9	3.6	10.7	1.2	3.6	3.6	3.6	84
Dortmund	61.8	2.7	8.2	1.8	5.5	6.4	5.5	1.8	3.6	1.8	0.9	110
Dresden	68.9	0.0	4.4	1.1	2.2	5.6	4.4	2.2	6.7	4.4	0.0	90
Duisburg	46.4	0.0	7.1	7.1	7.1	0.0	10.7	0.0	0.0	14.3	7.1	28
Düsseldorf	71.4	0.0	0.9	2.7	1.8	2.7	8.0	2.7	6.3	3.6	0.0	112
Erfurt	63.6	3.0	6.1	6.1	3.0	0.0	3.0	0.0	6.1	9.1	0.0	33
Essen	62.4	1.0	4.0	6.9	4.0	6.9	4.0	1.0	3.0	5.0	2.0	101
Frankfurt a.M.	65.2	2.6	5.2	1.9	5.6	1.5	7.0	2.2	3.7	2.2	3.0	270
Freiburg i.Br.	65.9	0.0	4.9	0.0	12.2	2.4	2.4	0.0	7.3	0.0	4.9	41
Halle	70.0	2.0	4.0	0.0	0.0	8.0	2.0	2.0	6.0	6.0	0.0	50
Hamburg	60.7	0.8	6.7	2.9	3.5	4.8	9.6	1.3	2.7	4.3	2.7	374
Hannover	66.4	0.7	6.2	2.1	4.1	7.5	4.8	2.1	2.7	2.1	1.4	146
Karlsruhe	69.4	0.0	6.1	2.0	4.1	2.0	4.1	0.0	8.2	4.1	0.0	49
Kassel	55.3	0.0	5.3	2.6	13.2	2.6	2.6	2.6	7.9	7.9	0.0	38
Kiel	64.3	4.8	14.3	2.4	2.4	0.0	4.8	0.0	2.4	2.4	2.4	42
Koblenz	68.4	0.0	7.9	2.6	7.9	0.0	2.6	0.0	2.6	7.9	0.0	38
Köln	62.1	1.8	3.6	1.2	6.2	2.2	8.8	1.8	4.6	5.6	2.0	499
Leipzig	57.4	0.0	9.3	2.8	9.3	3.7	4.6	0.9	7.4	3.7	0.9	108
Magdeburg	62.5	2.5	2.5	0.0	10.0	0.0	7.5	2.5	7.5	2.5	2.5	40
Mainz	79.0	0.0	0.0	0.0	5.3	2.6	10.5	0.0	0.0	2.6	0.0	38
Mannheim	73.8	1.2	4.8	1.2	2.4	6.0	2.4	1.2	1.2	3.6	2.4	84
München	65.4	1.7	6.0	0.3	5.7	4.0	7.7	0.7	4.4	2.7	1.3	298
Münster	64.0	6.0	4.0	0.0	2.0	4.0	10.0	0.0	6.0	4.0	0.0	50
Nürnberg	62.3	0.9	9.7	0.0	4.4	3.5	5.3	1.8	5.3	5.3	1.8	114
Rostock	71.4	0.0	0.0	0.0	2.4	7.1	7.1	0.0	2.4	7.1	2.4	42
Saarbrücken	74.4	4.7	4.7	0.0	2.3	2.3	2.3	0.0	2.3	2.3	4.7	43
Stuttgart	67.4	0.5	4.4	2.7	5.4	0.5	4.4	1.1	7.1	3.8	2.7	184
Total	62.6	1.5	5.3	2.3	6.0	3.4	7.2	1.6	4.4	4.1	1.7	4564

Prozentuierungsbasis: Fallzahl gesamt (N) ist die Anzahl aller genannten, subjektiv bedeutsamsten Vorfälle, die in diesen Orten stattgefunden haben und entspricht 100 Prozent; Keine Mehrfachnennungen, sondern die Verteilung eines subjektiv bedeutsamen Vorfalls auf verschiedene Formen.

Lesehilfe: 71.2 Prozent aller Vorfälle, die in Baden-Württemberg als Vorfallort stattgefunden haben, und der die Befragten in den letzten 12 Monaten am stärksten betroffen hat, entfallen auf "belästigt, beleidigt", 0.5 Prozent aller genannten, subjektiv bedeutsamsten Vorfälle in Baden-Württemberg fallen auf "mit einem Gegenstand beworfen worden". Usw.

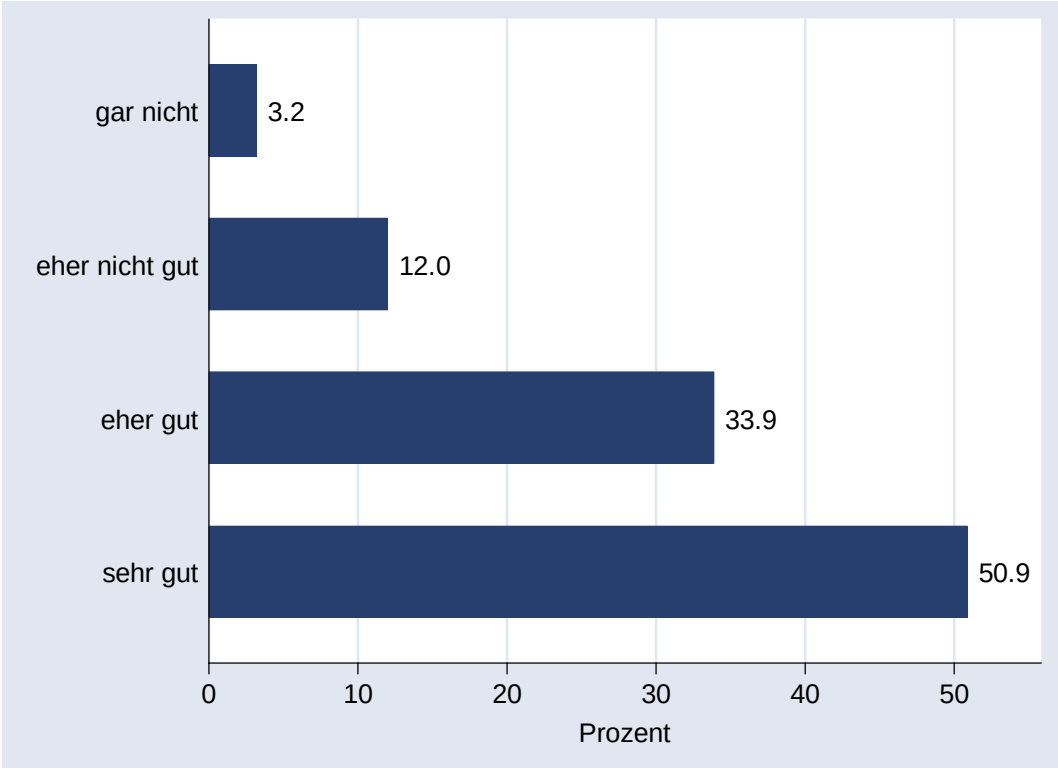
Achtung: Nur der Vorfall, der am stärksten betroffen hat, wird in seiner Verteilung innerhalb eines Vorfallortes betrachtet und entsprechend prozentuiert (keine Mehrfachnennung).

Abb. 14: Subjektiv bedeutsamster Vorfall nach Bildung (Prozent)



Prozentuierungsbasis: alle Fälle (N=23.949).

Abb. 15: Bekanntheit des Vorfallortes (Prozent)



Prozentuierungsbasis: Nur Fälle mit Nennung eines Vorfalls (N=8513).